

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus zahlbar. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Buchhandlungen Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 90 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 30b.

Die achtspaltige Monoporelle oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das gesetzdrucker Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das gesetzdrucker Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Steuerfabotage der Industrie

Eine industrielle Schwindelschrift

Unter dem Vorwand, objektives Material zur Beurteilung der Wirtschaftslage zu liefern, treibt die Handelskammer zu Berlin Brunnenergüßung. Während es darum geht, den Besitz in hohem Maße zu den Steuerleistungen heranzuziehen, damit die ungeheuren Lasten des Reiches nicht auch weiterhin von den Arbeitern und Angestellten allein getragen werden müssen, verfeuchtet die Handelskammer die öffentliche Meinung mit irreführenden Darstellungen, deren Zweck es ist, der Öffentlichkeit einzureden, daß kein Besitz vorhanden ist, der zu höherer Steuerleistung fähig wäre. Eine solche falsche Darstellung ist die Schrift des Herrn Geheimen Kommerzienrats Felix Deutsch, dem Vorsitzenden des Direktoriums der A. E. G., die von der Handelskammer zu Berlin verbreitet wird.

Herr Kommerzienrat Deutsch stellt sich die Aufgabe, ein Bild von der Verteilung des Volkseinkommens in Deutschland zu geben. Zu diesem Zweck hat er bereits im Jahre 1919 von 66 industriellen Gesellschaften Angaben erbeten, aus denen zu ersehen ist, wie sich die Summen für Löhne und Gehälter, für staatliche, kommunale und soziale Lasten und die für Dividenden bezahlten Beträge zu einander verhalten. Er hat diese Arbeit im Jahre 1921 wiederholt, wobei ihm Material von 152 Unternehmungen zur Verwendung vorlag.

Als Ergebnis seiner schweißtrienden Bemühungen veröffentlicht nun Herr Deutsch eine zwanzig umfassende Broschüre. Der wesentliche Effekt seiner Arbeit spiegelt sich in wenigen Zahlen. In den Jahren von 1908 bis 1917 veränderten die 66 Gesellschaften im Durchschnitt pro Jahr von jeder Mark, die sie für die oben gekennzeichneten Aufwendungen ausgaben, 76,7 Pfennig für Löhne und Gehälter, 11,7 Pfennig für den Staat und die Kommunen, 11,6 Pfennig für die Aktionäre.

Der Anteil am Ertrage der Wirtschaft, den die wenigen einzelnen — die Aktionäre — einsteckten, war also nahezu ebenso groß, wie der Anteil, der von den Unternehmungen für die Gesamtheit abgegeben wurde, nämlich an den Staat, an die Kommunen und für soziale Leistungen. Ein Zustand, der das bekannte Wort von den „staatsverhaltenden Schichten der Gesellschaft“ glänzend illustriert. Die paar Pfennige, die der einzelne Besitzende an Steuern von seinem Einkommen abgeführt hat, rufen keine entscheidende Veränderung dieses Verhältnisses hervor.

Für 1919/20 sowie für die 152 Gesellschaften, deren Ertrag Herr Deutsch für dieses Jahr zugrunde legte, ist das Verhältnis der drei Posten zu einander ein anderes. Der Anteil an Löhnen und Gehältern beträgt jetzt 84,9 %, der Anteil des Staates 11,7 %, der des Kapitals 3,4 %. Mit diesem Vergleich zwischen 1919/20 und den 10 Jahren von 1908 bis 1917 spielt Herr Deutsch seinen Trumpf aus. Dieser Vergleich soll erstens beweisen, daß der Anteil der Arbeiter gewaltig in die Höhe gegangen, der Ertrag für die Aktionäre aber noch stärker gesunken ist.

Wir möchten indes aus diesem Vergleich zunächst die Folgerung ziehen, daß der Anteil des Staates und der Kommunen genau der gleiche geblieben ist wie 1908 bis 1917. Der Beitrag der bestehenden Schichten zu den öffentlichen Lasten hat sich also nicht im mindesten erhöht. Er hat sich doch erhöht, werden diejenigen antworten, die auf die Zahlen des Herrn Deutsch hineinfallen. Denn wenn der Anteil der Aktionäre am Volkseinkommen so erheblich heruntergegangen, die Abgaben zu den öffentlichen Lasten aber gleich geblieben sind, so bedeutet das sicherlich eine erheblich höhere Belastung des Besitzes. So wird man sagen. In Wirklichkeit liegt in diesen Zahlen eine ungemöhnlich dreifache Irreführung, und diese Irreführung ist der einzige Zweck der Arbeit Deutschs.

Zunächst wird der Prozentanteil an Dividenden, der mit 3,4 berechnet wird, von Herrn Deutsch erzielt, indem er nicht die nominalen, wirklich eingezahlten Werte, sondern die Kurswerte der in Betracht kommenden Kapitalien in Anrechnung bringt. Bei Zugrundelegung der Nominalwerte beträgt die Durchschnittsdividende 11,6 Prozent, ist also genau so groß, wie die Abgaben für öffentliche Leistungen.

Doch weiter. Das nominelle, von den Kapitalisten wirklich eingezahlte Kapital der 152 Gesellschaften betrug rund 10 Milliarden Mark, der Börsenwert dieser Aktien steht aber gegenwärtig auf 24 Milliarden Mark.

Warum aber steht der Börsenwert wohl so hoch über dem Nominalwert der Aktien? Doch nicht etwa, weil mit dem Besitz der Aktien ein so schlechtes Geschäft verbunden ist, daß die Herren Aktionäre nahezu dem Hunger preisgegeben sind, wie Herr Deutsch vortäuschen möchte! In diesem hohen Börsenwert der Aktien spiegelt sich im Gegenteil das für die Kapitalisten selbst überraschend gute Geschäft wieder, das sie gerade in den Jahren 1919 und 1920 gemacht haben. Und dieses gute Geschäft bestand bei fast allen größeren Aktienunternehmungen nicht so sehr im Bezug einer

Neue Verhandlungen mit Irland

Einladung zu einer neuen Konferenz

CC. London, 29. September.

Die Regierung Seiner Majestät hat mit dem größten Eifer die ganze Korrespondenz geführt, die zwischen uns, seit die Einladung erging, Delegierte zu einer Konferenz nach Inverness zu entsenden, gepflogen wurde. Trotz Ihres dringenden Wunsches und trotz des Wohlwollens, das in unserer Einladung zum Ausdruck kam, wollten Sie eine Konferenz auf den Grundlagen dieser Korrespondenz nicht beschiden. Trotz Ihrer Versicherung, die wir sehr schätzen, müssen wir erklären, daß die Annahme einer Konferenz auf der von den Sinnfeinern beschlossenen Grundlage die Anerkennung eines unabhängigen Irlands durch die englische Regierung bedeuten würde, was nicht zugestanden werden kann. In diesem Punkt muß sich auch die englische Regierung gegen eventuelle Mißdeutungen schützen können. Es würde zu nichts führen, den Austausch von Briefen fortzusetzen, wenn der Standpunkt der Sinnfeiner aufrechterhalten würde. Die Stellung, die die englische Regierung einnimmt, ist grundlegend für den Standpunkt des englischen Weltreiches und dieser Standpunkt kann nicht abgeändert werden. Meine Kollegen und ich wünschen aber ängstlich, in Zusammenarbeit mit den irischen Delegierten eine Begegnung zu haben, um alle Möglichkeiten für eine Regelung der Frage zu finden. Die Vorschläge, die wir bereits gemacht haben, wurden von der ganzen Welt als Beweis dafür angesehen, daß unsere Anstrengungen, eine Verständigung herbeizuführen, sehr ernst gewesen seien, und wir glauben, daß eine Konferenz und ein Gedankenaustausch das praktischste Mittel wären, das die größten Hoffnungen erwecken könnte, zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Durch diesen Brief senden wir nunmehr eine neue Einladung an Sie, am 11. Oktober zu einer Konferenz nach London zu kommen, wo wir mit Ihren Delegierten zusammentreffen werden, die wir als Wortführer, die Sie vertreten, betrachten, damit Vereinbarungen zustande kommen können, die mit dem Bestand des englischen Weltreichs in Einklang zu bringen sind.

Lloyd George.

Die in der Rede Lloyd Georges erwähnte Konferenz, die nach Inverness einberufen war, scheiterte an der Unmöglichkeit, über die staatsrechtliche Stellung der Abgesandten der Sinnfeiner eine Einigung zu erzielen. De Valera, der Präsident der irischen Republik, bezeichnete seine Abgesandten als Vertreter der Republik Irland, als eines unabhängigen und souveränen Staatswesens. Lloyd George, als Haupt der englischen Regierung, konnte unter diesen Umständen nicht verhandeln, da eine Anerkennung dieser Formulierung, der Anerkennung der tatsächlichen Unabhängigkeit Irlands und somit die Lostrennung Irlands von England bedeutete hätte. Um diese Frage wogte bisher der ganze Streit. Die Sinnfeiner lehnten jede Erörterung der von Lloyd George gemachten Vorschläge über eine Neuregelung der irischen Verhältnisse ab, solange die Unabhängigkeit Irlands von der englischen Regierung nicht anerkannt würde.

Die neue Antwort Lloyd Georges enthält nun keine direkten Ablehnungen, vermeidet scharfe Formulierungen und läßt

hohen Dividende, sondern darin, daß die Unternehmungen, um den wirklichen Gewinn zu verschleiern und ihn nicht in der Dividende zum Ausdruck kommen zu lassen, zu umfangreichen Ausgaben von Gratisaktien schritten. Sie machten damit ihren Teilhabern ein glattes Geschenk, das obendrein durch die auch auf die Gratisaktien gezahlten Dividenden reich verzinst wird. Es ist also ein glatter Schwindel, wenn Deutsch den Eindruck hervorgerufen hat, daß der Anteil der Kapitalisten am sogenannten Volkseinkommen sich erschöpft in ihren Gewinnen aus der Dividende.

Gleichfalls irreführend ist der von Herrn Deutsch beliebte Vergleich zwischen dem Anteil der Löhne und dem Anteil der Dividenden. In den 152 Betrieben wurden rund 1 350 000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, und die Gesamtlöhne umme pro Jahr betrug 16 Milliarden Mark. Die Steuern und sozialen Lasten, der Anteil der Gesamtheit also am Ertrag, betrug 2,2 Milliarden Mark. Die Dividenden aber machten insgesamt 650 Millionen Mark aus. Wie gering ist diese Summe doch, so meint Herr Deutsch, im Vergleich zu den Milliarden, die der Staat schluckt und die an Arbeiter und Angestellte bezahlt wurden. Aber wie gering ist auch die Zahl der an den 650 Millionen beteiligten Kapitalisten im Vergleich zu der Riesenscharme der Arbeiter und Angestellten, und wie unbedeutend sind die Opfer von 2,2 Milliarden, die zum Nutzen der Gesamtheit Verwendung finden konnten. Wobei immer wieder im Auge behalten werden muß, daß der in Gestalt der Dividende ausgeschüttete Gewinn nur einen kleinen Teil des wirklichen Gewinnes der beteiligten Kapitalisten ausmacht.

Der Zweck der Übung ist nun leicht erkennbar. Herr Kommerzienrat Deutsch schreibt eine lange Darlegung über die Absichten, das heißt, über die Rücklagen für Verbesserung und Ausgestaltung der Betriebe. Ueber die Höhe der Rücklagen sagt er nichts. Er begnügt sich damit, die kühne Behauptung aufzustellen, daß bei einem so niedri-

gen Anteil des Kapitals am Gesamtertrag an Rücklagen beinahe nicht mehr zu denken sei. Er verschweigt, daß wiederum gerade in den letzten Jahren gewaltige Summen als Rücklagen sichergestellt worden sind, und zwar gleichfalls zu dem Zweck, den wirklichen Ertrag zu verschleiern und ihn nicht in allzu hohen Dividenden zum Ausdruck kommen zu lassen. Herr Deutsch aber will durch diese Täuschung den Eindruck hervorrufen, daß die deutsche Industrie am Rande des Bankrotts angelangt sei. Er findet dabei einen gläubigen Nachbeter und Helfer in Herrn Dr. August Müller, Staatssekretär a. D. und Mitglied der rechtssozialistischen Partei. Dieser unterstreicht im volkswirtschaftlichen Teil der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die, was Herr Deutsch an fälschlichen Behauptungen in die Welt setzt. Über dieses zustimmende Urteil ist das Urteil eines Mannes, der selbst an den Erträgen des Kapitals teilnimmt, indem er in einer Presse, die von Herrn Stinnes von den „geringen“ Erträgen der Industrie ausgeschalten wird, beständig ähnliche irreführende Publikationen verbreitet, wie Herr Deutsch.

Der Friedensvertrag mit Amerika

Am Donnerstag berichtete in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Rosen über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und über den deutsch-amerikanischen Vertrag. Nach mehrstündiger Aussprache beschloß der Ausschuss auf Anregung seines Vorsitzenden Dr. Stresemann bei vier Stimmenthaltungen, dem Reichstage die Zustimmung zu dem Gesetze, betreffend den am 25. August 1921 vereinbarten deutsch-amerikanischen Vertrag über die Regelung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, zu empfehlen.

Der Vertrag wird heute dem Plenum vorgelesen, und man darf annehmen, daß der Reichstag ihm — wahrscheinlich sogar ohne Debatte — zustimmen wird. Damit ist dann von deutscher Seite die Wiederherstellung des Friedenszustandes ermöglicht, und es bedarf nur noch einer entsprechenden Entschlieung des amerikanischen Senats. Trotz der neuerdings wieder von den Anhängern Wilsons aufgenommenen Opposition dürfte auch diese in absehbarer Zeit erfolgen.

Im Auswärtigen Ausschuss wurde die Regierung auch gefragt, wer als Botschafter für Washington in Aussicht genommen sei. Der Minister erklärte, keine Auskunft geben zu können, und so darf das Rätselraten über die Person der Kandidaten seinen Fortgang nehmen. Beinahe sind schon alle nicht direkt vorbestraften Personen als Anwärter für Washington bezeichnet worden, und nur um die Liste auf dem Laufenden zu halten, erwähnen wir, daß außer dem gegenwärtigen Außenminister Dr. Rosen neuerdings auch der Ernährungsminister Hermes als kommender Botschafter genannt wird. Herr Hermes rühmt man nach, daß er wohlhabend sei, englisch spreche und eine geschickte Frau habe. Damit ist doch wahrhaftig keine Qualifikation zum Diplomaten zur Genüge dargetan. Wenn es ihm aber außerordentlich dienlich sein könnte, daß wir ihm seine völlige Entbehrlichkeit auf dem Posten eines Ernährungsministers bescheinigen, so stehen wir ihm ohne weiteres zur Verfügung.

Verteilerwechsel des holländischen Kultusministers. Der Präsident des holländischen Landesamtes für Bildungswesen, Dr. Sireder, hat in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Ulrich und an den Vorstand der Demokratischen Partei seinen Austritt aus der Demokratischen Partei und seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie mitgeteilt. Zugleich hat er dem Landespräsidenten A. de Liefde mitgeteilt, daß er sein Mandat niedergelegt habe.

Herr August Müller fühlt sich aber auch verpflichtet, die Aufmerksamkeit der Steuerfinder mit ganz besonderem Nachdruck auf die Darstellungen des Herrn Deutsch zu verweisen. Und auch Herr Deutsch kommt bei seiner Betrachtung über die Abschreibungen schließlich darauf hinaus, daß seine Arbeit „gebendete Augen über die wahre Lage unserer Industrie öffnen“ und bei unseren früheren Feinden die Einsicht verbreiten soll, daß ihre Hoffnungen, in unseren Aktien-gesellschaften eine ergiebige Quelle für unerfüllbare Tributleistungen zu finden, ebenso trügerisch ist wie die unserer eigenen Regierungen.“

Die Bemühungen des Herrn Deutsch, unterstützt von August Müller, sind also nichts anderes, als ein Teil jener unerhörten Steuerfabotage, die die schwerreiche und maßlos verdienende Industrie seit Jahren treibt. Sie soll fortgesetzt werden, indem sich das Kapital auch fernerhin vom dem Zugriff des Staates sichert, und die von uns zitierte

Verfassung Deutschlands kennzeichnet sich besonders als eine deutliche Abwehr des Gedankens der Erfassung der Sachverhalte. Ein unerhörter Zustand aber ist es, daß eine halbamtliche Stelle, wie die Handelskammer zu Berlin, die Zurechnung der öffentlichen Meinung und die Steuerdrückbereiter der Kapitalisten mit ihren Mitteln unterstützt. Derartige Institutionen müssen, wenn sie öffentlichen Charakter tragen und öffentliche Rechte besitzen, wie ein Wahl im Fleische des Staatskörpers wirken. Der Staat muß in der Besteuerung des Besitzes unbedingt andere Wege gehen, als bisher, wenn die ungeheuren Mittel aufgebracht werden sollen, deren der Staat bedarf. Gerade das beweisen die Darlegungen Deutschlands, denn sie zeigen, wie gering die Leistungen der Industrie bisher waren. Und zwar gerade die Wege müssen begangen werden, die diesen Herren so verhaßt sind. Korporationen mit öffentlichem Charakter aber, die der Regierung dabei Knäuel zwischen die Beine werfen durch irreführende Publikationen, müssen entsprechend zurechtgewiesen werden. Auch die Arbeiterschaft darf sich durch solche Manöver nicht irre machen lassen.

Eine Befestigung der in dem vorstehenden Artikel dargelegten Gedankengänge sind die Indizes der „Frankfurter Zeitung“ über die Wertentwertung. Dieser Indexberechnung liegen die Notierungen von 25 Aktien zugrunde. Seht man den Kursstand vom 1. Januar 1918 gleich 100, so ergibt sich für diese 25 Aktien bis zum 23. September 1921 eine Steigerung auf 255. Das bedeutet, daß ein Aktionär, außer seiner Dividende, vom 1. Januar 1920 bis zum 23. September 1921 bei je 1000 Mark Aktien nominalwertig einen Gewinn von 1555 Mark erzielt hat. Auch daran kann man die Wahrheitsliebe des Kommerzienrats Deutsch prüfen.

Auf dem Wege zur neuen Koalition

Auf einem Abendessen bei einem ehemaligen Diplomaten wurden vor einigen Wochen die ersten Vorbesprechungen zwischen Rechtssozialisten und Volksparteilern über die Umbildung der Regierung gepflogen. Auf einem Abendessen bei dem damals überangegangenen Reichsfinanzler Dr. Wirth sind am Mittwoch die Verhandlungen fortgeführt worden. Die Vorgeschichte der neuen Koalition ist also sozusagen auf Speisefarben geschrieben. Ueber die Ergebnisse der Mittwochsgesellschaft wird amtlich folgende Mitteilung verbreitet:

Die Beratungen über eine Umbildung des Reichskabinetts im Sinne einer Erweiterung der Regierungskoalition haben ihren Anfang genommen. Vertreter der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei folgten Mittwochabend einer Einladung des Reichsfinanzlers zu einer gemeinsamen Aussprache, die den Charakter einer Vorbesprechung hatte und zu der auch der Reichspräsident und der preussische Ministerpräsident und Reichstagspräsident Loh erschienen. In den mehrstündigen Verhandlungen, an denen Vertreter aller beteiligten Parteien teilnahmen, wurden die innerpolitische Lage, die außenpolitischen Richtlinien, die Steuerfragen sowie die Form der eventuellen Umbildung des Kabinetts erörtert. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen weitergeführt.

Diese Darstellung ist recht nüchtern und zurückhaltend. Die „Vossische Zeitung“ ist gesprächiger und trägt gleichzeitig mehr Hoffnung für das Zustandekommen des Werkes zur Schau. Sie nennt zunächst die Namen der Teilnehmer: Stresemann und Kempke von der Deutschen Volkspartei, vom Zentrum Marx, von den Demokraten Petersen, von den Sozialdemokraten Hermann Müller und Scheidemann; außerdem Reichspräsident Ebert, und die Minister Bauer, Gradnauer, Schiffer, Brauns und Stegerwald. Dann verfährt sie, die Einigung der vier Parteien auf ein gemeinsames innen- und außenpolitisches Programm bereite keine ernstlichen Schwierigkeiten, man dürfe voraussetzen, daß bei den Verhandlungen am Sonnabend der Schlüsselstein zu dem neuen Koalitionsbau gesetzt werde. Die Umgestaltung des Reichskabinetts werde dann in der nächsten Woche erfolgen. Daß Dr. Wirth Reichsfinanzler bleibe, sei jetzt unbestritten. Daran werden dann noch einige Vermutungen über die Besetzung der anderen Ministerposten geknüpft.

In Preußen ist nach der Behauptung der „Vossischen Zeitung“ eigentlich alles schon im reinen. Aber da nach unseren Informationen hier noch gewisse Schwierigkeiten bestehen, die nicht zuletzt aus der Abneigung der Demokraten gegen die Übertragung des Ministeriums des Innern an die Sozialdemokratie herzuführen, müssen wir annehmen, daß auch, was das Reich angeht, der Herold des neuen Blochs in der Redaktion der „Vossischen Zeitung“ etwas zu rosig sieht. Die Bahn für das Zustandekommen der „Regierung der Mitte“ ist vielleicht noch nicht ganz so geebnet, wie er uns glauben machen will.

Zimmerhin bleibt die Tatsache der offiziellen Besprechungen maßgebender Persönlichkeiten bestehen, und auch sie genügt, um die von uns schon gestern erwähnten Versuche der rechtssozialistischen Presse, die Götlicher Beschlüsse als im Grunde recht harmlos hinzustellen, noch schärfer als Verschleierungsmannöver zu charakterisieren.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ hat bekanntlich verändert, die Sozialdemokraten würden zunächst an die Unabhängigen herantreten, um sie über ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in eine Regierung zu befragen. Ob eine solche Anfrage wirklich ergehen wird, wissen wir nicht. Auf jeden Fall aber würde sie jetzt den Besprechungen mit der Volkspartei folgen und ihnen nicht vorangehen. Die innerliche Unwahrhaftigkeit eines solchen Schritts wäre dann jedem ohne weiteres klar.

Die Verordnung des Reichspräsidenten

Die neue Fassung

Bekanntlich ist in den Abmachungen mit Bayern der vielumstrittene Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten in wesentlichen Punkten abgeändert worden. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht jetzt die neue Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 28. September 1921, die an die Stelle der Verordnungen vom 29. und 30. August 1921 tritt. Sie ist von dem Reichspräsidenten, dem Reichsfinanzler Dr. Wirth und dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer unterzeichnet und lautet nunmehr in den hauptsächlichsten Bestimmungen:

§ 1. Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens (bisher: gegen Vertreter der republikanisch-

demokratischen Staatsform), zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtmäßige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können für die Dauer bis zu vierzehn Tagen verboten werden (u. s. w. wie bisher).

§ 3. Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erörterungen stattfinden, die zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens (bisher: gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform), zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtmäßige Verordnungen (u. s. w. wie bisher).

§ 4. Zuständig sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen (bisher: der Reichsminister des Innern). Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Anspruch eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des im § 7 vorgesehenen Ausschusses an. Entschieden sich der Ausschuss für das Verbot oder die Beschlagnahme, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.

§ 5. Wer eine nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhunderttausend Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Entsprechendes gilt für verbotene Versammlungen. § 7. Gegen ein Verbot nach §§ 1 und 3 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde (bisher: beim Reichsminister des Innern) einzureichen; diese kann ihr außer im Falle des § 4 Abs. 2 abzusehen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem vom Reichsminister des Innern ernannten Ausschuss vorzulegen.

§ 9. Der Reichsminister des Innern erläßt die erforderlichen Ausführungsvorschriften.

Regierungsdebatte in Bayern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 29. September.

Heute begann im bayerischen Landtag die politische Aussprache über die Programmrede des Ministerpräsidenten Lohenseid, verbunden mit der Interpellation der U. S. P. D. wegen des neuerlichen Verbots der „Freiheit“ in Bayern und dem Antrage Rißch (U. S. P.) auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Interpellation der S. P. D., die sich mit den Missetaten und Mißbräuchen in der Polizei- und Justizverwaltung befaßt.

Als erster Redner sprach der Abgeordnete Stang (Bay. Vp.). Seine Rede war beherrscht von dem alten bayerischen Festgelächter für „Ruhe und Ordnung“. Er meinte, die Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich hätten viel von ihrer Schärfe verloren, wenn sich Reichsfinanzler Wirth seiner verantwortungsvollen Stellung bewußt gemessen wäre und nicht phantastische Lederstrumpfgeschichten aufgestellt hätte. Durch die nun abgeschlossene Reichsverordnung sei das Ziel der Wahrung der bayerischen Polizeiverwaltungshoheit erreicht worden. Nach Angriffen auf die Mittelpartei erklärte der Redner, die neue Regierung habe kein neues Programm, sie halte fest am alten Koalitionsprogramm. Das bedeute aber keine slavische Kopie früherer Methoden, sondern nur die Zielsetzung sei die gleiche geblieben. Der Redner wiederholt die Forderung nach Schaffung eines bayerischen Staatspräsidenten und nach einem Reichsgesetz, das die Zuständigkeit des Reiches und der Länder nach § 48, Abs. 5 der Reichsverfassung genau abgrenzt.

Abgeordneter Säger (S. P. D.) übt Kritik an den Polizei- und Rechtszuständen in Bayern. Die Sicherheit in München sei unter Pöchner nicht größer gewesen als in anderen Städten. Die unaufgeklärten politischen Morde in München seien von keiner Großstadt erreicht worden. Er verlangt Aufklärung darüber, wie die neue Regierung den neuen Mißständen in Polizei und Justiz abhelfen will. Schließlich erklärt er, daß seine Partei den neuen Ministerpräsidenten nach seinen Taten beurteilen werde. Sie treibe nicht Opposition um der Opposition willen. Wenn der Ministerpräsident rücksichtslos für den Schah der Republik eintritt, dann könne er auf die Unterstützung der S. P. D. rechnen. Heute könne kein Ministerpräsident auf die Dauer gegen die sozialdemokratischen Arbeiter regieren.

Abgeordneter Hilpert, Mittelpartei, verteidigt die gegen seine Partei und gegen den Oberst Kshander in der Presse erhobenen Vorwürfe. Dem neuen Ministerpräsidenten trete seine Partei

Görlitz

Wir sahen einst im Zuchthaus und in Ketten,
wir opferten, um ein Mandat zu retten,
Geld, Freiheit, Stellung und Bequemlichkeit.
Wir waren die Gefahr der Eisenwerke,
wir hatten Blut im Herzen — unsre Stärke
war unsre Sehnsucht, rein und erdenweit.
Uns hielten Kaiser, Landrat und die Richter:
Idee wird Macht — das fühlte das Geschick.
Long long ago —
Das ist nun heute alles nicht mehr so.

Wir sehn blasiert auf den Ideenebel.
Wir husten auf den alten, starken Bebel —
Wir schmugeln, wenn die Jugend reooliert.
Und während man in hundert Konventikeln
mit Fingergeschick uns bekämpft und Leitartikeln,
sind wir realpolitisch orientiert.
Ein Klassenkampf ist gut für Volkswelken.
Einst pflissen wir auf die Ministerlisten...
Long long ago —
Das ist nun heute alles nicht mehr so.

Uns imponieren schrecklich die enormen
Zigaretten, Autos und die Umgangsformen —
Man ist ja schließlich doch kein Kihist.
Wir geben uns auch ohne jede Freie.
Und unser Scheidemann hat keine Selte,
nach der er nicht schon umgefallen ist.
Herr Stinnes grinst, und alle Englein lachen.
Wir sehen nicht, was sie da mit uns machen,
nicht die Gefahren all'...
Statbrüder sind wir, die den Marx gelesen.
Wir sind noch nie so weit entfernt gewesen,
von jener Bahn, die uns gefährdet Vassal!

Theseldiger in der „Weltbühne“.

völlig unbefangenen entgegen und warre keine Laten ab. Die Mittelpartei werde der Regierung ihre Unterstützung solange nicht verweigern, als die Regierung an den bewährten Grundrissen des Herrn v. Kahr festhalte.

Der Chef der Münchener Polizei im Münchener Polizeipräsidium, Regierungsrat Fritz, ist heute ebenfalls zurückgetreten. Mit ihm scheidet die wichtigste Stütze Pöchners im politischen Spießdienste aus dem Amte. Ueber die Neubesezung des Polizeipräsidiums in München ist noch nichts bekannt.

Wechsel der bayerischen Vertreter im Reichsrat

Infolge des Rücktritts des bisherigen Gesamtministeriums und der Neubildung des Ministeriums scheidet der bisherige Ministerpräsident und Staatsminister des Innern Dr. von Kahr und der bisherige Staatsminister der Justiz, Dr. Roth in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte Bayerns zum Reichsrat aus. An ihrer Stelle sind durch Ministerratsbeschluss als Bevollmächtigte Bayerns zum Reichsrat bestimmt worden der nunmehrige Ministerpräsident und Staatsminister der Justiz, Graf Berkafeld und Staatsminister des Innern, Dr. Schwener. Die Bevollmächtigung der übrigen zurückgetretenen, aber wiederernannten Minister in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte Bayerns zum Reichsrat ist durch Ministerratsbeschluss erneuert worden.

Vertrauensfundgebung für Wirth

Beim Reichsfinanzler Dr. Wirth ist folgendes Telegramm aus Düsseldorf eingelaufen:

Die auf der Verbandsschlußtagung versammelten Ditzjan- und Bezirkspräsidenten sowie sämtliche Arbeitersekretäre des Westdeutschen Verbandes der katholischen Arbeitervereine gedenken in Dankbarkeit Ihrer aufopfernden Tätigkeit im Volksdienste. Sie sprechen Ihnen im Namen der Arbeiter der Zentrumswahlerschaft vollstes Vertrauen aus.

Die Industrie gegen Rathenau

Kein Zwang — nur freiwillige Leistung

Der zweite Verhandlungstag der Tagung des Reichverbandes der deutschen Industrie brachte die Aussprache über das Referat, das am Tage vorher Baurat Kiepert über die Stellung der Industrie zur Frage der Sachleistungen gehalten hatte. Als erster sprach der Reichskommissar für Wiederaufbau Dr. von Batsch. Er plädierte für Sparsamkeit, wendete sich gegen den Luxus, die Devisenspekulation und die Warenhamsterei.

In der Frage der Sachleistungen erklärte er:

Man habe mit erheblichen Sachleistungen zu rechnen. Daß die Verteilung eines solchen Riesenauftrages ganz ohne Reibungen vor sich gehe, könne man wohl nicht ohne weiteres verlangen. Immerhin habe man gerade zur Vermeidung von bürokratischen Beeinträchtigungen die vielen kleinen Vermittlungsstellen und Ämtern ausgeschaltet und Selbstverwaltungsorganisationen in großem Umfang vorgezogen. Mit der Frage der Sachleistungen stünden noch viele andere Probleme in engem Zusammenhang. So komme man um eine Beruickung von reiner Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ganz herum. Bei der Verteilung ergeben sich Schwierigkeiten, die großartig zu behandeln seien. Die Bezirke besonders starker Wirtschaftskreise deckten sich nun einmal nicht mit den Ländergrenzen. Die gestern vorgelegte Entschlüsselung über die Steuern der Industrie zu den Leistungsverbänden sei wohl verständlich. Dies sei aber nicht mit den bekannten Forderungen der Gewerkschaften in Einklang zu bringen.

Auf vielen Gebieten bietet sich die besondere Mitarbeit der Industriekreise, so besonders bei der Verhütung von Reparationsgewinnen, ferner zur Abwehr eines Gogen-einanderarbeitens von Behörden, Verbänden und Unternehmungen im Auslande, eine Erleichterung, die bisher leider schon verschiedentlich im Auslande den aller schlechtesten Eindruck gemacht habe. Das deutsche Ansehen im Auslande müsse dem einzelnen Unternehmer schon den Entgang eines mäßigen Gewinnes wert sein.

Die deutschnationale Opposition

Sodann kam der Direktor des Stahlwerksverbandes, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Reichert zu Wort.

Er stimmte dem Grundgedanken, Geldleistungen in Sachleistungen zu verwandeln, zu. Doch sei der Grundgedanke nicht durchgeführt. Die deutschen Leistungen würden nur zu einem Bruchteil in der Höhe einiger hundert Millionen angedreht. Es sei ein Widerspruch, daß wir Frankfurter Bankler werden. Der Minister wolle zwar keine Zwangsorganisationen, aber die Verbände und der Verband der Verbände seien keine privaten Organisationen, denn eine reine Freiwilligkeit existiere nicht und die Möglichkeit des ministeriellen Eingriffs sei da. Wie wolle man Tausende von Fachverbänden auf 25 bis 30 Leistungsverbände umschmelzen? Das sei eine Revolutionierung des gesamten Verbandswesens. Dabei schweben noch Projekte der anderen Ministerien, Projekte über Steuergemeinschaft und Kartellgesetzgebung. Die Sachleistungen müßten im Wege der freien Vergabe untergebracht werden. Wohin komme man, wenn man in das Verbandswesen die Gewerkschaften einschalte. Die Industrie müßte unter sich bleiben. Die Preisfrage mache nur die größten Bedenken. Der Index sei eine Theorie, keine praktische Lösung. Zum Schluß geht Dr. Reichert noch darauf ein, daß Dr. Rathenau vor seinem Eintritt ins Kabinett die Annahme des Ultimatus abgelehnt, nachher aber einen ganz anderen Standpunkt eingenommen habe.

Trotzdem der Vorsitzende des Reichverbandes darauf wartete, sich von parteipolitischen Erwägungen loszuteilen, wurde die folgende Resolution angenommen:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt sich grundsätzlich bereit, nach allen Kräften die Regierung bei der Durchführung der Sachleistungen für die Wiedergutmachung zu unterstützen. Diese Sachleistungen werden nach Möglichkeit in freier Vereinbarung durch die bestehenden Fach- und Landesverbände, soweit sie sich Geschäftsfähigkeit bellegen, sonst durch Verteilung auf die geschlossenen Unterverbände und einzelnen Werke aufzubringen sein.“

Sowohl mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse eines einzelnen Industriezweiges die Bildung von Leistungsverbänden nach Maßgabe der Verordnung vom 22. Juli 1921 notwendig werden sollte, wird sie freiwillig erfolgen müssen und die Anerkennung seitens der Regierung nur abhängig zu machen sein von der Aufnahme von Bestimmungen über die in der Verordnung vorgesehenen Pflichten der Leistungsverbände, hauptsächlich über die Gewährleistung und Verteilung.

Auch da, wo man eine zwangsweise Bildung von Leistungsverbänden nicht glaubt umgehen zu können, ist sie ausdrücklich auf den einzigen Zweck der Sachleistung für den Wiederaufbau und die Gewährleistung und Verteilung zu beschränken, ohne sie mit anderen, insbesondere sozialpolitischen Bestimmungen zu belasten.

Die Stellungnahme im einzelnen muß sich der Reichsverband vorbehalten, bis bestimmte Organisationsvorschlüsse der Regierung vorliegen.“

Dieser Beschluß bedeutet, daß die Industrie sich die Gewinnmöglichkeiten auch bei der Erfüllung der Sachleistungen nicht beschränken lassen will.

Der Streik der schiffbauindustriellen Weberelen ist beendet. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit in den Färbereien ist für Sonnabend zu rechnen.

Die Opposition gegen Görlich

Proteststimmen der rechtssozialistischen Presse

Wir wiesen schon mehrfach darauf hin, daß der „Vorwärts“ jede Äußerung der Kritik an den Görlicher Beschlüssen, selbst solche, die aus den Reihen der „Vorwärts“-Redaktion kommen, systematisch unterdrückt. Diese Politik des Totschweigens wird vom „Vorwärts“ nach wie vor geübt. Trotzdem ein großer Teil der rechtssozialistischen Provinzpresse in heftiger Weise gegen die Görlicher Beschlüsse Stellung nimmt, erfährt die Berliner Mitgliedschaft der S. V. D. nichts von alledem. Wir wollen deshalb den geistigen Klärungsprozeß innerhalb der rechtssozialistischen Arbeitererschaft fördern, indem wir zu den bereits mitgeteilten kritischen Stimmen noch die folgenden Äußerungen der rechtssozialistischen Presse hinzufügen, wobei wir hervorheben möchten, daß die Opposition gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei vor allem im Ruhrgebiet sehr stark ist, also dort, wo die Arbeiter das Wirken des neuen Bundesbruders aus nächster Nähe kennen:

„Münzener Volkszeitung“:

Die Wirkung auf den Einigungsgedanken? Räre eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei zustande, dann: adeln Einigungsgedanken. Die nächste Folge wäre, ganz gütig genommen, eine Rückflut aller derjenigen, die in der letzten Zeit von den Unabhängigen wieder zu uns zurückgekommen sind. Eine starke Rührflut innerhalb unserer Partei selbst wird einen guten Nährboden bieten für die linksradikale Agitation. Das Ziel, zu einer Einheitsfront und damit zu einer proletarischen Mehrheit zu kommen, rückt in immer weitere Ferne. Das ist das Wesentliche.

„Freie Presse“ in Erfurt:

Es ist gut, daß das Echo, das der weittragende Beschluß von Görlich in der ganzen Partei findet, noch den Parteitag während seiner Tagung erreicht. Es dürfte manchem Delegierten, der dem Beschluß zugestimmt hat, hinterdrein sehr beunruhigt stimmen, und auch die Parteistellen, die über die eventuelle Durchführung des Beschlusses zu machen haben, werden sich fragen müssen, ob es eine so schwere Belastungsprobe für die Partei bildet, daß es der größten Vorsicht und Geschicklichkeit bedarf, wenn die Partei als solche nicht dauernden und unheilbaren Schaden erleiden soll.

„Anhalter Volksblatt“:

Unbedingten Tadel aber verdient die Art und Weise, in der die taktische Wendung vollzogen wurde. Es muß als ein schwerer Fehler bezeichnet werden, daß die große Masse der Parteitage Delegierten sowie die übrigen Parteimitglieder in der Art des Ziehens aus dem Busch mit der Resolution überfallen wurden. Wir haben den dringenden Wunsch, daß sich derartige nicht wieder ereignen. Ein sozialdemokratischer Parteitag ist keine Zentrumsversammlung, bleiben wir also lieber bei unseren alten bewährten Methoden.

„Duisburger Volksstimme“:

Im übrigen scheint es ja fast so, als wolle ein gnädiges Geschick über besser die ungeliebte Taktlosigkeit der Deutschen Volkspartei unsere Partei vor den üblen Folgen ihres Liebeswunders um die Volkspartei bewahren. Die oben geschilderte Hehe Stresemanns und seiner Kumpane gegen Wirth hat nämlich bewirkt, daß selbst das Zentrum, das doch sonst so sehr auf die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition dringt, langsam ein Paar in der Suppe findet und die Deutsche Volkspartei durch die „Germania“ energisch in ihre Schranken verweisen läßt.

„Erfener Arbeiterzeitung“:

Wir sind anderer Meinung und können beim besten Willen nicht einsehen, daß mit der Stinnes-Partei irgendwelche vernünftige Gemeinheitsarbeit im Interesse des werktätigen Volkes und des zusammengebrochenen Landes geleistet werden kann. Wir haben gewarnt und müssen jede Verantwortung für dieses Experiment ablehnen. Der Parteitag in Görlich hat entschieden. Nun haben die Parteigenossen im Lande das Wort, und zwar das letzte Wort in dieser Lebensfrage der Partei. Das ist maßgebend.

„Volksblatt“ in Bochum:

Seit Monaten führten Parteipresse und Parteiführer den härtesten Kampf gegen die Möglichkeit einer Regierungsteilnahme der Sozialdemokratie unter Einschluß der Volkspartei — mit Zustimmung des Parteivorstandes! Und auf einmal und völlig unvorbereitet schwenkt der Kurs nach der entgegengesetzten Seite, plötzlich wird die taktische Bindung der Partei auf ein Jahr als unerträglich empfunden und an Stelle unbedingter Ablehnung jeder Koalition mit der Volkspartei erklärt, man müsse sich bei den Entschlüssen zu eventuellen Umbildungen der Regierungen nach der jeweiligen „politischen Lage“ richten.

„Volkswille“ in Münster:

Wir haben stets mit eindeutiger Schärfe den Standpunkt vertreten, daß ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei uns aus grundsätzlichen und taktischen Fragen heraus undistrahel erscheint. Zwischen uns und den Volksparteilern stehen Welten, die durch keine Brücke zu verbinden sind. Zwischen Kapital und Arbeit muß zeitliche Scheidung geschaffen werden. Es liegt im Weltensinteresse von Gegenwart und Zukunft des Volkes, daß der Geist der Männer von ehemals in keiner Form wieder einwirken kann auf die neue Zeit.

Eine weitere Absage an Görlich

Der rechtssozialistische sächsische Wirtschaftsminister Feilisch trat in einer Rede, die er in einer Dresdener Volksversammlung hielt, nachdrücklich für die ausgiebige Erfassung der Gold- und Sachwerte durch das Reich ein, und zwar nicht nur aus steuerrechtlichen Gründen, sondern weil in dem Maße, wie das Reich die Sachwerte erfasse, man auch der Gemeinwirtschaft näher komme. Bei einer Koalition der Mitte könne man dieses Ziel allerdings nicht verwirklichen. Sein Verhältnis zur Deutschen Volkspartei kennzeichnete der Minister in folgenden Worten: „Die Deutsche Volkspartei unterscheidet sich von den Deutschnationalen nur dadurch, daß sie politisch gerissener ist. Die Deutschnationalen sagen wenigstens, was sie wollen, während die Deutsche Volkspartei ihre Ziele versteckt.“

Die Sozialversicherung im Reichstag

Unfallnotgesetz — Angestelltenversicherung

Im Sechsten Ausschuss sollte nach der vorliegenden Tagesordnung gestern zunächst nur die Regierungsvorlage zur Sonderversicherung für Angestellte beraten werden. Nachdem aber tags zuvor vom Plenum anlässlich des Massenunfalls von Oppau ein Antrag zur Schaffung eines Notgesetzes zur Unfallversicherung an den Ausschuss überwiesen worden war, entwickelte sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung dieses Antrags. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien beendeten nochmals mit Worten ihre warme Anteilnahme für die Opfer von Oppau, versuchten aber gleichzeitig die Beratung des Notgesetzes auf die nächste, Ende Oktober einsetzende Reichstagssitzung zu verschieben. Genosse Aufhäuser ließ indes keinen Zweifel, daß das von uns beantragte Notgesetz die sofortige Erledigung erheische, einmal, weil die geschädigten Arbeiter und Angestellten, zum anderen aber auch die übrigen Unfallrentner einer der Geldentwertung angepaßten Rentenbemessung bedürfen. Es wurde schließlich beschlossen, nach an demselben Tage abends eine besondere Ausschusssitzung zur Beratung des U. S. V. Antrages abzuhalten. Abends begann die Debatte über die An-

gestelltenversicherung, in der Grafen (Demokrat) bei der Verteidigung der Sonderversicherung bereits eine merkliche Zurückhaltung übte. Er regte u. a. eine Zusammenlegung der Spruchbehörden für Angestellte- und Arbeiterversicherung an. Die weitere Debatte, in der sich der Mehrheitssozialist Siebel für die Verschmelzung einsetzte, mußte mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit abgebrochen werden.

Zuvor hatten die sozialistischen Parteien drei Anträge gestellt, in denen das Reichsarbeitsministerium aufgefordert werden sollte, bis Ende Oktober eine Denkschrift über die Möglichkeiten einer Verschmelzung vorzulegen, bei der die jeweils günstigeren Bedingungen der Angestellten- oder Invalidentversicherung mit übernommen werden. In diesen Anträgen wurde noch weiteres Material zur Prüfung der Verschmelzungsmöglichkeit, so z. B. Vorkriegsziffern über die Leistungen der Angestellten- oder Invalidentversicherung, der Beamtenversorgung usw. gefordert. Diese Anträge riefen sofort den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Ullrich auf den Plan, der einen Berg bürokratischer Schwierigkeiten aufstärkte, um den Ausschuss von dem Verlangen nach Material abzubringen.

Genosse Aufhäuser lärtte Herrn Ullrich, dem Leiter der Versicherungsabteilung im Reichsarbeitsministerium, darüber auf, daß sich die Parteien und Gewerkschaften, die auf dem Boden einer einheitlichen Sozialversicherung stehen, die anhaltende Sabotage für

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Freitag, den 30. September, abends 7 Uhr

Mariensfeld: Wolbenauer, Berliner Straße 114

Alt-Glienick: Vofal Wohne, Grünauer Straße

Treptow: Brauns Gesellschaftshaus, am Bahnhof Treptow

Lokal Kraus: (früher Wollschläger): Kdallerstraße 21

Schulaula: Heinersdorfer Straße 18

Schulaula: Senefelder Straße 6

Schulaula: Altauer Straße

Schulaula: Schönfelder Straße 7

Schulaula: Kaminer Straße

Schulaula: Altstädter Straße 47—48

Schulaula: Ofener Straße

Schulaula: Köpenicker Straße 126

Für die Laubstümmen: abends 7 1/2 Uhr, Musterfalle, Kaiser-Wilhelm-Straße 30

Referenten sind: Die Genossen Jubel, Dr. Moses, Bürgermeister Nielig, Friedländer, Werner, Garne, Voese, Dr. Löwenstein, Bürgermeister Grunow, Redakteur Dressel

die Vereinheitlichung durch das Reichsarbeitsministerium nicht länger gefallen lassen. Der Ausschuss entschied schließlich gegen den Vorschlag des Regierungsvertreters, und das Arbeitsministerium ist nunmehr beauftragt, das in den Anträgen geforderte Material bis zum nächsten Zusammentritt des Reichstags zu liefern.

Die Arbeiter der chemischen Industrie und das Unglück in Oppau

Die Katastrophe in Oppau mußte bei der Arbeiterschaft der chemischen Großindustrie in den Betrieben, die mit den gleichen oder ähnlichen Gefahren wie das Oppauer Werk zu rechnen haben, erklärlicherweise Erregung auslösen. Die einseitigen Versuche der Verbodirektionen, den jeweiligen Betrieb als gefahrlos hinzustellen, können diese Erregung naturgemäß nicht bannen.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Bitterfeld hat sich in einer Volkerversammlung der Betriebsräte des Bitterfelder Industriebezirks mit den Gefahren und deren Beseitigung beschäftigt. Diese Konferenz war auch besetzt von den Betriebsräten des Leunawerkes, der Mitteldeutschen Stickstoffwerke, der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-Mittelgesellschaft und Tetralin (Nobelen), deren Interesse mit Rücksicht auf den Charakter ihrer Werke gegeben ist. Im Industriegebiet Bitterfeld liegen die Betriebe des Konzerns Gröden-Gelion und der Mittelgesellschaft für Anilinfabrikation.

In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß insbesondere die Unsicherheit in der Erforschung der Ursache der Oppauer Katastrophe die Erregung in den Betrieben hervorruft. Die einmütige Ansicht der Betriebsräte ging dahin, daß in erster Linie durch die gerade in letzter Zeit leider in steigendem Maße zu beobachtende Tatsache, die Leistungen der Arbeiter durch Einführung von Afford- und Prämienanreizen auf das Äußerste zu steigern, ein günstiger Boden für Unglücksfälle geschaffen wird. Den in den Betrieben beschäftigten Arbeitern ist in den meisten Fällen gar nicht bekannt, in welchem Umfange ihnen Gefahren drohen. Der Fabrikationsvorgang wird geheim gehalten, so daß auch Aufklärung unmöglich wird. Angereizt durch das Afford- und Prämienanreizsystem, das gerade im Leunawerk Triumphe feiert, das auch vom Arbeitgeberverband der chem. Industrie Sekt. Vb als der Weisheit letzter Schluß gepriesen wird, werden die sich der Folgen gar nicht bewußten Arbeiter vertriebt, die notwendige Sorgfalt beseitigt zu lassen. Einmütig kam zum Ausdruck, daß diese Tatsache der besonderen Berücksichtigung bedarf. Die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, daß Affordarbeit nur eingeführt werden kann, wenn Leben und Gesundheit der Arbeiter gesichert bleiben, bietet nach den gemachten Erfahrungen in keiner Beziehung den genügenden Schutz. Die Werkleitungen vertreten meist einen anderen Standpunkt als die zu Rate gezogenen Betriebsräte. Es müssen ausreichende gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, die derartigen Betrieben das Afford- und Prämienwesen überhaupt verbieten.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den auch in den mitteldeutschen Werken befindlichen Lagern gewidmet. Auch in Mitteldeutschland sind Sprengungen vorgenommen worden. Hier herrschte ebenfalls die Ansicht, daß die Sprengungen der Lagermassen Gefahren nicht bietet. Diese Versuche sind in einem mitteldeutschen Werk auch für Oppau unternommen worden. Daß die Annahme von der Gefährlosigkeit eine irrige war, ist von Oppau berichtet. Jetzt werden auch Sprengungen nicht mehr vorgenommen, z. T. wurden sie von Werken vorher schon abgelehnt, ein Zeichen dafür, daß man auf die Richtigkeit dieser wissenschaftlichen Feststellungen doch nicht unter allen Umständen und von allen Seiten haute. Es wurde des Weiteren darauf verwiesen, daß auch elektrische Leitungen in den Lagerhäusern eine Gefahr bieten könnten. Die Versammelten waren sich darüber klar, daß die Lager in Zukunft nicht mehr innerhalb der Werke gebildet werden dürfen, daß auch die Versuchsfabriken weitab von menschlichen Wohnungen und der Werke sich befinden müssen. Das ist heute ebenfalls nicht der Fall. Die Verantwortung der Werkleitungen und der durch das Vertrauen der Belegschaften in die Betriebsräte gewählten Arbeitervertreter ist so unerträglich groß, daß nichts verabfümt werden darf, um Leben und Gesundheit der in den Betrieben Beschäftigten und der Anwohner zu schädigen. Die Betriebsräte müssen in viel weitgehenderem Maße als bisher Gelegenheit haben, nach dieser Richtung tätig zu sein. Die Versammlung beschloß, aus dem Kreise der Betriebsräte, und zwar der gefährdeten Betriebe, eine ständige Kommission zu wählen, die sich mit der Frage der Gefahrenverhütung beschäftigt.

Eine einstimmig angenommene Entschliessung, in der die oben erwähnten Gesichtspunkte nochmals zur Feststellung gelangen, fordert eine eingehende Untersuchung der Werke der chemischen Industrie. Zu diesen Untersuchungen sollen außer den Vertretern der Regierung bzw. zuständigen Regierungsstellen Ver-

treter der Gewerkschaften und Betriebsräte hinzugezogen werden. Weiter fordert die Entschliessung, daß die zuständigen Spitzenorganisationen als Kontrahenten des Reichstarifs (U. S. V. und IFA-Bund) sofort versuchen, Verhandlungen einzuleiten, um die Affordarbeit und das Prämienanreizsystem in der Chemie auszuschalten und damit deren unheilvollen Einfluß auf die Betriebsicherheit zu beseitigen.

U. S. V. und IFA-Bund werden ferner aufgefordert, bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften die nötigen Schritte sofort zu unternehmen und die Untersuchungskommissionen ohne Verzögerung in die bedrohten Betriebe zu entsenden.

Diese Rundgebung der Betriebsräte des Bitterfelder Industriebezirks ist von großer Bedeutung. Die Regierungsbehörden, sowie die gewerkschaftliche Organisationen werden der Stellungnahme und den Forderungen der mit ihrem Leben zunächst beteiligten Arbeiter- und Angestelltenchaft die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Vollaufberechtigt ist die Forderung der Betriebsräte, daß der Arbeiterchaft der Fabrikationsvorgang erklärt wird, damit sie weiß, unter welchen Gefahren sie arbeitet und keine Schutzbestimmungen außer acht läßt. Das Leben der Arbeiter und Angestellten steht immer noch um vieles höher als das Fabrikationsgeheimnis.

Preussischer Landtag

Donnerstag, 29. September

Auf der Tagesordnung stehen zunächst eine große Anzahl von Anträgen. Sie betreffen die Anwärterdienstzeit der Beamten, Kinderzuschläge, Ausgleichszulagen, Feuerungsanschläge, Ausrichtungsstellen, Beibehaltung der Philologen mit den Juristen, Verjüngung der Schutzpolizeibeamten, Einspruch des Reichsfinanzministers gegen das Mittelhochschul-Lehrer-Dienstverordnungsgebot usw. Die Anträge werden ohne Aussprache dem Beamtenausschuss überwiesen.

Das Haus geht darauf über am Mittwoch abgebrochene Beratung über den Antrag Dr. v. Krause (D. Vp.) über die Förderung der Königsberger Universität fort.

Abg. Waentig (Soz.): Auch wir sind der Ansicht, daß die deutsche Wissenschaft im Osten gebührende Berücksichtigung finden muß. Die heutigen Zustände sind zum großen Teil auf das alte Regime zurückzuführen. Besonders in der Befolgung der Professoren ist vieles verabsäumt worden.

Abg. Dr. Wendorf (Dem.) wünscht, daß tüchtige Lehrkräfte nach Königsberg berufen werden.

Abg. Berlin-Königsberg (U.S.): Die Königsberger Universität ist nach und nach zu einem Tummelplatz der wilden nationalistischen Leidenschaften geworden. (Sehr richtig! bei den U.S.) Das bezieht sich nicht nur auf die Studenten, das bezieht sich leider auch auf einen Teil der Lehrerschaft. (Sehr richtig! bei den U.S.) Der verflochtene preussische Kultusminister Haenisch, der im vorigen Jahre der Königsberger Universität einen Besuch abstattete, konnte ein Lied davon singen, wie er dort von den Studenten empfangen und behandelt worden ist. (Hört, hört! bei den U.S.) Derartig unerbört, wie es wohl noch nie an einer anderen Universität vorgekommen ist. Es waren Vorgänge, wie sie sich in den wildesten Volksperversammlungen nicht abspielen. (Hört, hört! bei den U.S.) Der Antisemitismus feiert dort Orgien, und niemand, der dazu berufen ist, tut etwas, um dieses Treiben einzudämmen. Wenn der Begründer dieses Antrags die Schwierigkeiten der Universität darauf zurückführt, daß der Universität eine Reihe von Einrichtungen, wie Kliniken usw., fehlen, so hat mein Herr Vorgesetzter, Herr Dr. Wendorf, ja bereits darauf hingewiesen, daß das doch Enden seien, die nicht jetzt entstanden sind, sondern die sich seit Jahrzehnten dahinschieben.

Wer ist es denn, der Ostpreußen bedroht? Welche Wogen sind es, die Ostpreußen umranden? Die um uns liegenden Kleinstaatchen haben alle mit sich allein zu tun, sie wünschen in Ruhe und Frieden mit uns zu leben, wenn wir sie nur in Frieden lassen. Die Unruhe kommt nur durch die nationalistische Treiberei, die auch unsere Nachbarn nicht zur Ruhe kommen lassen. Was aber das Schlimmste ist, und was auch schon berichtet worden ist, das ist der Umstand, daß die alte ehrwürdige Kulturstätte, die Königsberger Universität, die einst Rani zu ihren Größen schloß, der ihr Patron war und der größte Geist seiner Zeit, der diese Universität zu ihrem Schuttpatron den Korporal Dubendorff ernannte. Ein Vorgang, der sich in der Weltgeschichte hoffentlich nicht wiederholen wird. Die Universität hat einen Menschenhändler von Beruf zum Ehren doktor ernannt, das ist ein Vorgang, der gar nicht laut genug in die Welt hinausgerufen werden kann. Wenn von diesen Bestrebungen nicht bald gelassen wird, dann werden wir es erleben, daß die Königsberger Universität nach und nach nicht nur von den besten Lehrkräften, sondern auch von den Hörern und Schülern entblößt wird. (Beifall bei den U. S. V. D.)

Abg. Dr. Steffens (D. Vp.) beantragt, die Vorlage an einen Ausschuss zu überweisen. — Das Haus beschließt demgemäß. Es folgt die Beratung einer Reihe von Anträgen zur Wirtschaft. Frau Ege (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Landwirtschaft hat die Erwartung enttäuscht, daß sie bei Einführung der freien Wirtschaft die Säuglinge und die Unbemittelten zu erschwinglichen Preisen mit Milch versorgen würde. Wir müssen aber die Ernährung der Kinder sicherstellen, denn auf ihnen beruht unsere Volkskraft.

Frau Christmann (U. Soz.): Man findet fast keine Kinder mehr, die nicht unterernährt sind, besonders unter den Kindern in den Volksschulen. Hier sollte zuerst Abhilfe geschaffen werden.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Anträge und kleine Vorlagen. Schluß 1/2 6 Uhr.

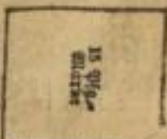
Ausscheiden!

Sauperepediton der „Freiheit“

Druckfache

211 die

Berlin G 2
Breite Straße 8-9



Berliner Stadtverordnetenversammlung

Die Erhöhung der Wertstarife vertagt

Der Stadtverordnetenversammlung lag gestern zunächst die Vorlage über die Erhöhung der Tarife für Gas und Elektrizität in Gestalt der Ausschussbeschlüsse vor. Die Unabhängige Fraktion beantragte die Rückverweisung an den Ausschuss. Zur Begründung verwies Genosse Mielich darauf, daß insbesondere über die Rentabilität der Gaswerke im Ausschuss keine ausreichenden Unterlagen vorgelegt worden seien. Ohne sie könne man aber der Bevölkerung keine Erhöhung der Gas- und Elektrizitätstarife zu muten. Die Notwendigkeit der Schaffung neuer Einnahmen für die Ausgaben durch Lohn- und Gehaltserhöhung erkenne die Unabhängige Partei ohne weiteres an, jetzt aber handle es sich auch um das Maß der Erhöhung.

Den Einwänden einiger bürgerlicher Redner und des Kammerers gegenüber, daß dadurch eine Verschleppung und eine finanzielle Schädigung der Stadt eintreten würde, begegnete Genosse Herz mit dem Hinweis, daß niemand in der Bevölkerung es verstehen werde, wenn eine Erhöhung beschlossen wird, ohne daß der jetzige finanzielle Stand der Werte, die evtl. Ersparnisse, die Notwendigkeit dafür usw. eingehend geprüft worden sind. Die Unabhängige Partei wolle nur diese Prüfung. Sie denke nicht daran, die Sache zu verschleppen, sondern erwarte, daß der Ausschuss sofort zusammenkomme, und daß bereits die nächste Stadtverordnetenversammlung dann endgültig entscheiden werde. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien wurde dann auch so beschlossen.

Bei Besprechung der kommunistischen Anfrage über die Mißhandlungen von Demonstranten durch Schutzpolizisten anlässlich einer Arbeitslosendemonstration, kam es zu lebhaften Angriffen gegen Stadtrat Wege, der sich in seinen Ausführungen auf einen recht mangelhaften und unwahren Polizeibericht stützte.

Zu heftigen Zusammenstößen mit den Bürgerlichen kam es bei der Beratung eines deutschnationalen antisemitischen Antrages.

Sitzungsbericht

Der Ausschuss zur Vorberatung der Deckungsfrage für die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter usw., hat der Versammlung keine in den Zeitungen schon bekanntgegebenen Beschlüsse unterbreitet. In einer sehr langen Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob diese Beschlüsse des Ausschusses sofort zur Diskussion und Annahme gebracht werden sollen, vertritt Stadtkämmerer Karding wiederholt den Standpunkt, daß die Versammlung schon heute Beschlüsse fassen möge, damit der schon laut gemachten Vermutung, daß wieder Ausgaben ohne Deckung beschlossen seien, verstumme. Dagegen erklären Stadtv. Mielich und Dr. Herz, daß das gar nicht beabsichtigt sei. Man wolle nur die Unterlagen haben zur Beurteilung der Erhöhung der Tarife, die dem Ausschuss nicht gegeben worden sind.

Die auf Grund des Einspruchs der Aufsichtsbehörde abgeänderte Magistratsvorlage betr. die Erhebung der Wohnungsluxussteuer wird nach kurzen Bemerkungen der Stadtverordneten Dr. Herz (USP.) und Weg (KDD.) angenommen.

Es folgt die Beantwortung der Anfrage Gabel und Genossen (KDD.) betr. die

Miðhandlungen Berliner Bürger usw. innerhalb des Rathauses.

Stadtrat Wege schilderte die Vorgänge durch die Briefe des Polizeiberichtes. Daß in dem Polizeibericht nichts von den Miðhandlungen einiger Bürger zu finden ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Nur von angeblichen Behörden ist da die Rede und nur durch das ruhige Verhalten der Beamten seien ernstliche Zwischenfälle vermieden worden. Während seiner sonderbaren Berichterstattung wurde Stadtrat Wege wiederholt von der Linken durch Zwischenrufe unterbrochen.

Es wird Besprechung beantragt.
Stadtv. Doerr (KDD.) führt aus, daß die Darstellung des Stadtrats Wege so viel Falsches enthalte, daß man jeden Satz widerlegen müßte. (Zuruf: Woher wissen Sie das?) Weil ich da bei war! (Aha! und hört, hört!) Ich wurde selbst von drei Polizeibeamten an den Krogen gepackt. (Heiterkeit!) Polizeipräsident Richter hat mir erklärt, daß er unter den ihm dargeleg-

ten Umständen, daß nämlich kein Sturm auf das Rathaus beabsichtigt gewesen sei, bedaure, daß Stadtrat Wege die Polizei alarmiert habe. (Hört, hört! links.) Besonders hervorzuheben hat sich bei der Brüstierung der Arbeitslosen und der mit ihnen verhandelnden Stadtverordneten ein „rothaariger“ Polizeioffizier. Der Magistrat habe kein Recht, solche durchaus friedlichen Bürger, die auf andere Veranlassung im Rathaus erschienen, zu verzeihen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Dr. Koelzig (U. S. P.) erklärt als Augenzeuge der Vorgänge im Rathaus, daß der Polizeibericht erlogen und erfunden sei. Der Bericht enthalte kein wahres Wort, und so fuhr der Redner fort, wenn der Polizeipräsident einen Zeugen dafür braucht, daß der Bericht nur Lügen enthält, so stelle ich mich zur Verfügung. Der außerordentlich jugendliche Polizeioffizier wütete wie ein Elefant im Porzellanladen und ist keineswegs für den Posten eines Polizeioffiziers geeignet, denn er provozierte die Demonstranten. Er hat die Polizisten gezwungen, die Demonstranten zu mißhandeln. Wie kommt eigentlich Stadtrat Wege dazu, wegen einiger ruhenden Demonstranten die Polizei mobil zu machen? Er hat damit bewiesen, daß auch er nicht den Anforderungen seines Postens gemessen ist. Zu einem meiner Parteifreunde, der ebenfalls von einer Sitzung im Rathaus kam, sagte der jugendliche Offizier, daß er ihn schon lange auf dem Aieher habe. Wenn er nicht verschwinde, würde er ihn verhaften! Ich erkläre nochmals, daß der Bericht des Stadtrats Wege von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Solche Szenen dürfen sich nicht wieder ereignen, und Stadtrat Wege hat so schnell wie möglich von seinem jetzigen Posten zu verschwinden!

Genosse Claus und Genossin Bengels (U. S. P.) unterstrichen und ergänzten die Ausführungen des Genossen Dr. Koelzig in wirksamer Weise.

Stadtrat Wege: Zum ersten Male sind bei einer Demonstration vor dem Rathaus Verhaftungen vorgekommen — ein Beweis, daß diese Leute nicht so harmlos waren.

Auch Stadtv. Peupold (Komm.) greift Stadtv. Wege und die Polizei scharf an.

Stadtv. Egner (Dt. Sp.): Ich hörte, wie Herr Peupold sagte: Wenn mir der „rothaarige“ unter die Finger gekommen wäre, hätte ich ihn kaltgemacht. (Hört! hört! rechts! Lärmende Zurufe links.)

Eine Antisemitendebatte

Es folgt die Behandlung des Antrages Lüdicke und Genossen (Dnat.) über den Zugang von Personen ohne Reichs- oder Staatsangehörigkeit in Berlin. Der Antrag wird durch Stadtv. Danicke (Dnat.) begründet. Der Zustrom der Leute aus dem Osten lasse nicht ab, sondern nehme noch immer zu. Diese Ostjuden gefährden auch vielen deutschen Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit, ebenso sei doch die Seuchenfrage sehr brennend. Es sei dringend notwendig, daß der Magistrat nach dem Antrage Lüdicke Erhebungen darüber anstelle: 1. Wieviele Personen seit 1. April 1914, die die deutsche Reichs- oder preussische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, in Berlin zugezogen sind und Wohnung gefunden haben; 2. Wieviele von diesen aus Ost-Galizien und Kongreß-Polen stammen; 3. Wieviele deutsche Reichs- oder Staatsangehörige keine Wohnung gefunden haben und wieviele von diesen Flüchtlinge sind.

Dr. Koelzig (U. S. P.): Der ganze Antrag verfolgt einen anderen Zweck als den angegebenen. Lediglich antisemitische Tendenzen verfolgt er. Nicht nur Galizier treiben Schacher, sondern gerade in den Kreisen der Antragsteller sitzen die großen Schacherer und Schieber. Wenn der Vorredner von einer geistig erregten Seuchengefahr redete (Parrrer Koch: Die ganzen Juden sind eine Seuche!), so hatte man früher während des Krieges keine Angst vor einer Seuche. Die Stappenschweine in Warschau und die Offiziere hinter der Front pflanzten einen mehr als dienstlichen Verkehr mit jüdischen Mädchen.

Weg (K. P. D.) schließt sich den Ausführungen unseres Redners an.

Stadtv. Czeminoffi (SPD.): Auch wir lehnen den Antrag ab, weil er eine offensündige agitatorische antisemitische Tendenz hat. Wenn Sie glauben, damit bei der Wahl Erfolge zu erzielen, so irren Sie sich.

Stadtv. Müller-Franken (Wirtsch. Bg.): Es handelt sich bei dem Antrag nicht um Juden und Nichtjuden. Man darf die Frage nicht auf ein falsches Geleise schieben.

Stadtv. Krocopp (D. Sp.): Zweifellos bestehe ein Krebsknoten, hervorgerufen durch fremde Elemente, denen entgegengetreten werden müsse.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Bl. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Diensthoden stritten natürlich die Köpfe zusammen, und sahen scheinbar noch ihr. Somas war wirklich auf dem Felsenbrunner Hof noch nie dagewesen!

Aber am Nachmittag war's schon wie ein stilles Eindernehmen, ein Pakt zwischen dem Gesinde und der Frau; sie trachteten ihm.

Peter empfand das wohl, was ging ihn der Weiberstarrsinn an? Mochte sie tun, was sie nicht lassen konnte. Wenn er über seinen neuen Projekten sah und das Terrain abging, erzwang, rechnete und überlegte, vergah er, daß er eine Frau hatte. Nur, wenn sie ihm mit ihrem weißen, steinernen Gesicht gegenüber saß, erschien ihm im schön und begehrenswert in ihrem Trotz und in ihrer Härte.

Eine Woche lang hatte sie sich mit Knechten und Mägden herumgeschunden, ohne daß er dreingeredet hatte. Mädchen war von der Uebermüdung oft so schwach gewesen, daß sie sich kaum mehr hatte schleppen können; endlich sah sie ein, was er schon lange eingesehen, daß das wilde Arbeiten für nichts gewesen, das Futterheu war und blieb verdorben. Der Großknecht meißelte ihm das ganz zaghaft, blieb dann aber noch stehen und fügte bei: „Herr, m'r haben de Polder geholt.“

„Den Doktor? Wer ist denn krank?“

„Ei die Madam is krank.“

Peter ging sofort zu seiner Frau. Er war erregt und in böser Laune.

„Schöner Profit von dem unsinnigen Arbeiten,“ entfuhr es ihm. „Ich will eine Frau und keine Magd, aber eine verständige Frau, mit der man sich beraten kann, die Verständnis zeigt.“

Sofort warf sich Rätchen gegen die Wand, daß Peter nur ihren zuckenden Rücken und die zuckenden Finger sah. Es schien ihm, als ob sie reden wollte; doch er wartete umsonst. Sie schwieg hartnäckig, und er verließ geärgert ihr Zimmer.

„Es steht nicht gut mit Ihrer Frau,“ bemerkte am Abend der alte Arzt, der schon zu seiner Mutter gekommen; „Sie muß sich unsinnig überanstrengen haben; jetzt hat sie richtig ein Fieber weg, und in ihrem Zustande —“

„Was?“ stotterte Peter.

„Ja, wissen Sie denn das nicht? Sie machen ja ein ganz sonderbares Geschäft! Wenn's gut geht, können Sie an Weihnachten ein Kindchen im Haus haben.“

„Ein Bub?“ fragte Peter zaghaft und es war, wie wenn ihm Blut ins Gesicht geschüttet worden wäre.

„Ja, das weiß ich gerade nicht,“ lachte der alte weißhaarige Arzt, und sah sich den Felsenbrunner noch einmal an, den man einen kalten und gefühllosen Kez und einen Leuteschinder hieß. Schon lange hörte man das Geräusch des Wagens nicht mehr, und immer noch stand Peter auf demselben Fleck. Wie heiß und sonderbar ihm da drinnen war! Das war wie Furcht und Bangen, und dennoch ein großes brennendes Glück, vor dem man den Atem anhalten mußte. Jetzt wollte er zu Rätchen! Er sprang die Treppen hinauf, er hatte die Rinne schon in der Hand, — nein! Wenn sie ihm auch da trochte, wenn sie ihn für zu gering hielt, ihm das zu sagen — Kein Wort war über ihre Lippen gekommen.

Am Abend wurde er geholt. Das Fieber hatte sich verstärkt. Er setzte sich neben ihr Bett und hörte die irren und wirren Reden an. Wie eine andere erschien sie ihm; er sah sie nach ihr, mit der ihn doch das innigste Geheimnis verband. Zärtlich und von Mitleid überwältigt, griff er nach ihrer Hand; er dachte an seine Mutter, an seine frühen Kindheitsjahre, die er oft in Angst und Sorge um ihr Wohl verbrachte. So vieles kam ihm, was er bis jetzt zurückgedrängt und vor sich verleugnet hatte, an dem er Rätchen nicht hatte teilnehmen lassen, — er machte sich Vorwürfe, er hatte sie nicht wie seine Frau behandelt, sie hatte bei ihm Wärme und Liebe entbehrt. —

Erstbitter sah er nun an ihrem Bett und sah sie unter ihren unruhigen und quälenden Fieberträumen leiden. Ihre Not packte ihn. Daß sie so leiden mußte, und daß er so ängstlich mitsitt! Was war es denn Großes dieses Kind? Ob es einer Stallmagd gehörte und einem Knecht oder ihnen? War das nicht gleich? Ein Kind wie ein anderes. So und so viele Kinder wurden geboren. Wie sonderbar, es war noch nicht da und schon rüttelte es alles an ihm, was schwach und rührselig war. Welche Torheit! Er kannte sich gar nicht mehr! Fort mit den Schwachheiten!

Da hörte er Rätchen lächeln und beugte sich leise über die Kranke. Er schickte die Pflegerin, die mit offenem Munde schlief, weg — er will bei Rätchen bleiben.

Mit einem Gemisch von Neugierde und Angst steht er in ihr mageres Gesicht! Wie schwach und zart sie ausfieht! Wird sie ihm den Sohn schenken? Mit fürchtendem Mitleid

Ordnungsrufe

Dr. Weinberg (USP.): Einem Prediger der christlichen Nächstenliebe, dem Pastor Koch, blieb es vorbehalten, die Juden als eine Seuche zu bezeichnen. Wir sind dem Vorsteher dankbar, daß er deswegen den Pastor Koch nicht zur Ordnung gerufen hat und betrachtete dies als Frieden dafür, daß er von seiner Seite des Hautes mehr ernst genommen wird.

Vorsteher Dr. Wegl: Ich höre erst jetzt, daß Herr Koch von den Juden als eine Seuche gesprochen. Das bedeutet eine große Beleidigung einer großen Zahl unserer Mitbürger. Ich rufe deswegen Herrn Koch zur Ordnung.

Dr. Weinberg (USP.) fortfahrend: Wenn Herr Koch als Prediger einer Religion, die von einem Juden begründet wurde, von den Juden als eine Seuche spricht, so charakterisiert er sich damit selbst als Hanswurst!

Vorsteher Dr. Wegl: Hanswurst ist eine Beleidigung. Ich rufe hiermit Herrn Dr. Weinberg zur Ordnung!

Stadtv. Lewin (Dem.): Wir können uns gewiß nicht der Erkenntnis verschließen, daß infolge der starken Zuwanderung die Bevölkerung in engen Räumen zusammengepackt wird, und daß infolgedessen die Gefahr von Krankheiten entsteht. Die Begründung des Antrages zeigt keine tendenziösen Zwecke. Es ist nicht Aufgabe der einflussreichen Stadtverordnetenversammlung, diese Statistik zu machen. Das ist nicht dringlich. Wir können für den Antrag nicht stimmen.

Stadtv. Uebeiner (Dnat.): Die Tendenz hat man in der Debatte erst in unseren Antrag hineingelegt. Es besteht eine Gefahr von Seuchen durch die Zuwanderung aus dem Osten, das hat der Bericht von Laporte festgestellt.

Stadtv. Manasse (U. S. P.) bedauert, daß hundert Jahre nach Lessings Lode im Berliner Rathaus noch solche antisemitischen Reden geführt werden können.

In seinem Schlusswort bemerkt Stadtv. Danicke auf die Ausführungen der Redner der Linken: Was Sie als Antisemitismus ansehen, ist nichts als die Verteidigung deutscher Interessen. Wir wollen den Juden ihre Synagogen nicht nehmen, aber Sie wollen unsere Kinder aus der Kirche herausstreiben!

Stadtv. Koch (Dnat.) erklärt, er habe nur gesagt, die Ostjuden seien eine Seuche (Ad. Hoffmann: „Es gibt auch eine Schnapsseuche.“ Heiterkeit.); die Verallgemeinerung haben die Herren selbst gezogen. Er erkläre, daß er die Herren Löwenthal und Weinberg nicht als Seuche bezeichnet habe. (Große Heiterkeit.) Bei der Abstimmung wird der Antrag Lüdicke abgelehnt.

Ueber einen Antrag Lüdicke u. Gen. (Dnat.), der die Beteiligung von Schulfeldern an einer kommunistischen Versammlung

betrifft, wird auf Antrag von Frau Stadtv. Niedger (Soz.) zur Tagesordnung übergegangen.

Bei dem nächsten Antrag — Antrag Gabel (Komm.) —, der die Auflösung der Orgesch- und Selbsthulfsorganisationen in Berlin verlangt, macht Stadtv. Dr. Caspari (D. Sp.) dieselben Gründe für Uebergang zur Tagesordnung geltend. Die Mehrheit ist jedoch für Besprechung.

Stadtv. Peupold (Komm.) weist nach, daß die Orgesch nur scheinbar aufgelöst ist, die Konterrevolutionäre vielmehr in zahlreichen Geheimorganisationen noch ihr Unwesen treiben. Unzählige Waffen befinden sich noch in den Händen von Bürgern der Deutschnationalen und der Volkspartei.

Wenn Herr von Hindenburg, Ludendorff, v. d. Goltz u. a. nichts Besseres zu tun wissen, als die Konterrevolution vorzubereiten, so müssen sie nach Rangard oder anderen festen Häusern gebracht werden, wo so viele Proletarier lange Strafen verbüßen, weil sie gegen die bestehende Regierung sich aufgelehnt haben. Mit eisernem Besen müsse dieser konterrevolutionäre Unfug ausgekehrt werden.

Stadtv. Dove (Dem.): Ich weiß gar nicht, was ich mit dem ganzen Vortrag anfangen soll. Diese Dinge gehören doch gar nicht hierher!

Genosse Claus (USP.) geht in längeren Ausführungen den deutschnationalen Hepaposteln und Waffenschlehdern ernstlich zu Leibe und weist zum Schluß darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft sich diese Treibereien nicht mehr gefallen läßt.

Da die bürgerlichen Stadtverordneten fast alle den Saal verlassen haben, tritt Beschlußfähigkeit der Versammlung ein. Schluß 9.30 Uhr.

Keine Erhöhung des Straßenbahntarifs

Gegenüber der von einer Anzahl bürgerlicher Zeitungen verbreiteten Warnnachricht, daß beschlossen sei, den Straßenbahntarif auf 1.30 Mark festzusetzen, erklärt der Stadtverkehrsrat Dr. Adler:

Diese Mitteilung ist völlig aus der Luft gegriffen. Der Beschluß des Magistrats bringt klar zum Ausdruck, daß die Straßenbahn infolge der bei ihr in letzter Zeit vorgenommenen Reorganisationsmaßnahmen, die zu großen Ersparnissen und Kosteneinsparungen führten, in der Lage ist, sich selbst zu erhalten,

hört er auf ihre wirren Reden. Ach, ihr Gemurmel ist stets dasselbe. „Das viele Geld, alles umsonst, alles verloren, alles vergeudet, für nichts, so viele Sorgen, kein Ende, keine Ruhe —“ das folgte sich alles in jähen, fliehenden Worten.

Auf einmal stuzt er. — Was war das? Ein Ruf: „Kossi!“ Und noch einmal sehnlichst: „Kossi!“ Mit einem Ausruf des Entsetzes springt Peter auf. „Also auch sie!“

„Wui, sie beschmutzte seinen Sohn! Er schleicht sich zerschlagen, müde und angeekelt in sein Zimmer, dessen offenes Fenster im Morgenwinde läßt.“

„Ist ihm nicht ein Bau eingestürzt, den er allzu wichtig und sorglos aufgefürmt hat? Wozu soll er schaffen, wozu fieberhaft vorwärts hasten? Im Augenblick ist ihm alles gleich: Zukunft und Zukunftspläne, Ehrgeiz, Schaffen, Heimat, — die alte Ruhelosigkeit zog bei ihm ein.“

Zum Teufel, sollte er etwa zu Haus verlaunern und verhoden, sich plagen und schinden wegen einer Frau, die nach einem andern schrie? Oder sollte er sich gar hinsetzen und flennen der paar verlorenen Groschen halber, wie sie es von ihm wollte? Das war nicht seine Art!

Oder sollte er ansfangen zu knaufern für ein Kind, das ihn schon knechten wollte, ehe es da war?

Der ganze Bettel ließ ihn jetzt kalt, war ihm verleidet, Heimat hin, Heimat her! Seine Zukunft war doch nicht auf den paar Redern und Wiesen aufgebaut! Er ließ sich nicht einspinnen, nicht von dünnen und nicht von dicken Fäden!

Seinethalben konnte alles zugrund gehen, wenn er nur mit den Braunen tausend über Land fahren und dabei neue Pläne schmieden konnte. Einmal nächstigte er im ersten Hotel und einmal in einer Bauernschenke. Heute trank er Selt, und morgen vielleicht gemeinen Fusel, wie's ihm paßte. Heute jedte er allein, von einem feierlichen Oberkellner feierlich bedient, und morgen tanzte er in einer verräucherten Spelunke.

Aber so wild er's auch trieb, es war immer ein kleiner Schatten neben ihm, den er nicht verjagen konnte, etwas Ungreifbares, Neues, Fremdes, das ihn schau und furchtlich machte. Er mochte es weglassen und wegrinken, und wegtanzen, es stand wieder neben ihm, ungreifbar, grau und still. Zuletzt überkam ihn eine unbändige Sehnsucht nach Hause, wie wenn der kleine Schatten dort Gestalt annehmen müßte, — er konnte nicht schnell genug vorwärts, er konnte nicht schnell genug heimkommen. . . .

(Fortsetzung folgt.)

und es daher nicht nötig hat, zu dem Mittel einer Fahrpreiserhöhung zu greifen. Wir hoffen, die Straßenbahn aber noch dahin zu bringen, daß sie darüber hinaus auch ein für die Stadt rentables Unternehmen darstellt, das heißt Ueberschüsse an die Stadtkasse abzuliefern in der Lage ist. Von einer Tarifierhöhung können wir also vorläufig Abstand nehmen. Sie ist auch nicht für einen späteren Termin geplant. Freilich kann niemand in die Zukunft schauen. Wenn aber die Geldwertung nicht weiter fortgeschritten und wenn die Kosten des Materials sowie die der Löhne und Gehälter nicht weiter beträchtlich steigen, hoffen wir mit dem Markt auszukommen. Wir können augenblicklich alles Erforderliche glatt mit unsern Einnahmen decken. Im Uebrigen wird der Betrieb der Straßenbahn noch weitere Verbesserungen erfahren."

Diese Erklärung deckt sich mit den Beschlüssen der zuständigen Deputation. Die Deputation ist nach eingehender Prüfung der Unterlagen zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Fahrpreiserhöhung nicht notwendig ist. Die behauptete Unrentabilität existiert nur als Wahllüge der Kommunalisierungsgegner. Es muß um die Sache der Bürgerlichen bei den bevorstehenden Wahlen doch überaus traurig stehen, sonst würden sie nicht schon jetzt mit solchen Wahllügen aufwarten. Nach den bisherigen Erfahrungen müßte man annehmen, daß sie mit solch plumpen Lügen, wie gewöhnlich in den letzten Tagen vor der Wahl herauskommen, wo dann eine genügende Aufklärung der Wähler nicht mehr möglich ist.

Aber auch diese Manöver werden den Bürgerlichen nicht helfen, es wird ihnen nicht gelingen, Arbeiter, Angestellte und Beamte damit für ihre Zwecke einzufangen. Die arbeitende Bevölkerung Berlins wird den bürgerlichen Parteien am 16. Oktober einen Denkzettel geben, der diesen für die Zukunft alle Lust nehmen wird, fernab der sozialistischen Aufbauarbeit Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Sand in die Augen

In einem unter dieser Ueberschrift erscheinenden Artikel bespricht die „Deutsche Tageszeitung“ den Beschluß des städtischen Ausschusses, der die Deckung über die Lohnerhöhungen zu beschließen hatte. Das Blatt erklärt, daß dieser Beschluß alle Zusicherungen sämtlicher Wettkonzerne in den Schatten stelle. Zum Schluß meint das Blatt, man wolle damit nur für den 16. Oktober eine Art Befähigungsnaheis erbringen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist also anscheinend der Meinung, daß dieser Antrag von den Sozialisten herrührt. Wir aber wollen den Herren verraten, daß er von der deutschnationalen Fraktion stammt. Ist also somit auch die Voraussetzung des Blattes unrichtig, so ist doch völlig zutreffend die Ueberschrift des Artikels. Sand in die Augen: das ist das Leitmotiv der deutschnationalen Propaganda.

Kriegsopfer heraus!

Die gewaltige Teuerung hat die Not und das Elend der Opfer des Krieges ins Unermessliche gesteigert. Ihre Lebenslage verschlechtert sich von Tag zu Tag in einer Weise, die alles bisher Erlebte übertrifft. Um einen Ausgleich herbeizuführen, stellten die Kriegsbeschädigtenorganisationen entsprechende Forderungen beim Reichsarbeitsministerium, um eine Aufbesserung der Renten, die seit Mai 1920 eine Erhöhung trotz der wiederholten Teuerungswellen, die Deutschland durchzogen, nicht erfahren haben, zu erlangen. Die eingeleiteten Verhandlungen sind ergebnislos, ja als gescheitert anzusehen. Die Kriegsbeschädigten unter 50 Prozent sollen nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums völlig leer ausgehen.

Dadurch wird das Elend der Kriegsopfer immer düsterer, aber trotz des Hungers und des Siechtums, denen der weitaus größte Teil der Kriegsopfer ausgeht, haben sie doch den Mut zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufgegeben. Mit rührender Anspannung der letzten Kräfte versuchen sie ehrlich und hochzukommen, um dem Leben einen bescheidenen Sonnenschein zu geben.

Durch die neue und gewaltige Teuerung ist uns auch der letzte Hoffnungsanker genommen und unsere Geduld ist eine Belastungsprobe unter Berücksichtigung der großen von uns bereits gebrachten Opfer zu ertragen, nicht mehr in der Lage.

Um eine wirtschaftliche Sicherstellung zu erreichen, fordern wir euch deshalb auf, mit uns gemeinsam zu demonstrieren.

Hört unsern Ruf! Kriegsopfer heraus!

Zu der gemeinsamen Massenkundgebung aller Kriegsopfer am Sonntag, den 2. Oktober 1921, in der Schultheiß-, früher Unionsbrauerei, Hasenheide 22/31, vormittags 9 Uhr.

Der Aufmarsch der Massen der Kriegsopfer soll der Regierung zeigen, daß ihr alle einmütig zu unseren Forderungen steht.

Kriegsopfer! Zeigt eure Macht! Euren Willen und eure Entschlossenheit! Folgt unserm Rufe und erscheint in Massen!

Nachbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen
gez. Will Lorenz

Internationaler Bund der Kriegsopfer
gez. Reinhold Rotes

Ausstellung von photographischen Bildern

Der Verband der Lithographen, Steinbruder u. verm. Berufe veranstaltet am Freitag, den 30. September, Sonnabend, den 1. und Sonntag, 2. Oktober, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine Ausstellung von photographischen Bildnissen, welche ausschließlich von den in genanntem Verband organisierten Berufsarbeitern hergestellt sind. Die Ausstellung soll den Zweck haben, dem großen Publikum den Unterschied künstlerischer photographischer Aufnahmen gegenüber den allgemein gültigen photographischen Aufnahmen, wie sie heute den Markt beherrschen und dem Publikum von den verschiedenen Ateliers geboten werden, zu zeigen.

Der Krieg mit seinen Folgen hat auch im Photographiegewerbe geradezu verheerende Wirkungen gezeitigt. Das Interesse an guten künstlerischen Aufnahmen wieder zu wecken, der goldmodernen Bildaufnahme, wie sie vor 20 bis 30 Jahren den Markt beherrschte und heute wieder stark in Erscheinung tritt, entgegenzuwirken, soll Aufgabe der Ausstellung sein. Die Leitung der Ausstellung liegt in Händen bezüglich vorgebildeter Fachleute und bietet Gewähr von guten und gediegenen Darbietungen der photographischen Kunst.

Die Ausstellung ist geöffnet am Freitag von 5 bis 8 Uhr, am Sonnabend von 2 bis 8 Uhr und am Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Am Sonntag, den 2. Oktober, 11 Uhr vormittags, findet im Saal der Ausstellung ein Vortrag statt, in welchem Herr C. Dertel, Kunstphotograph, über die Kunst in der Photographie sprechen wird. Daran anschließend Besprechung der ausgestellten Bilder.

Der Ehrenobermeister und sein Sohn

Die bisherigen Ermittlungen in der Angelegenheit des Handwerkskammerpräsidenten Kahardt haben ergeben, daß der Sohn des Verhafteten, E. Kahardt, an den Straftaten beteiligt ist. Er soll die Handwerkskammer um große Summen betrogen haben. Kahardt jun. soll geflüchtet sein. Während des Krieges war der junge Kahardt Direktor der Verbindungskasse bei der Handwerkskammer, er soll Gelder der Handwerkskammer zu Spekulationen benutzt haben. Er spekulierte unglücklich mit dem Gelde, daß er von den Geldern dem Konto der Handwerkskammer nichts mehr zurückführen konnte. Der ebenfalls verhaftete Sekretär Hoffmann soll Kenntnisse von diesen Verfehlungen gehabt haben; es heißt, daß er mit mehr erheblichen Schweigegeldern bestochen worden ist. Bisher sind Untersuchungen festgestellt worden, die den Betrag von einer Million Mark überschreiten. Daneben ist man aber bereits auch anderen Verfehlungen auf die Spur gekommen.

Eine Räuberbande verhaftet

Der Schrecken der Umgehung des Schießhahnen Bahnhofs war eine Räuberbande, die gestern und in der vergangenen Nacht unerschrocken gemacht wurde. Es wurde festgestellt, daß fast Tag für Tag Leute, die zum Teil gar keine Anzeige erstattet haben, in der Madalar-, Breslauer- und Kopenstraße und auch in anderen Straßenzügen in der Nähe des Bahnhofs sogar am hellen Tage überfallen und ausgeplündert wurden. Die Ermittlungen ergaben, daß sich aus wohnungslosen jungen Burden, die am Bahnhof herumzulungeln pflegten, und Dirnen eine Räuberbande gebildet hatte, an deren Spitze ein Fritz Scymala, ein schon berüchtigter Verbrecher, stand. Diese Bande postierte einen Teil ihrer Mitglieder auf irgendeinem Hausflur. Andere lockten dann durch Schwindelangebote Leute aus Berlin, die an oder auf dem Bahnhof zu tun hatten, oder Fremde, die aus den Vororten oder von weiterher nach Berlin kamen, nach diesen Plur. Oft waren auch die Dirnen diese Lockvögel. Einer dieser bedauerenswerten Ueberfallen hat einen dauernden schweren Schaden an seiner geistigen Gesundheit erlitten. Nachdem die Kriminalpolizei ermittelt hatte, daß die Bande besonders in einem Lokal in der Nähe des Bahnhofs zusammenzukommen pflegte, fielen dort gestern Beamte des Raubdezernats und der Streife B1 plötzlich ein und überrannten den Bandenhäuptling mit drei Komplizen. Im Laufe der Nacht gelang es, noch weitere Mitglieder der Bande festzunehmen, so daß sie jetzt fast ganz hinter Schloß und Riegel sitzt.

Der Leichenfund bei Rifolasee. Die Verhaftung des Schlägters Robert Zintler, der nach der Aussage des Hausdieners Oberndorf die Leiche der Anna Wrobel zerstückelt und beseitigt haben sollte, hat rasch zu einer weiteren Aufklärung des geheimnisvollen Fundes geführt. Nach einem neuen Geständnis Oberndorfs ist Anna Wrobel nicht eines natürlichen Todes gestorben, sondern von ihm erschlagen worden. Heute morgen stellte Kriminalsekretär Gahnig die beiden Männer einander gegenüber. Jetzt gab Oberndorf sofort zu, daß der mitverhaftete Zintler mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Er bekannte vielmehr, ganz allein gebandelt zu haben, ohne daß Zintler von den Vorgängen auch nur das geringste wußte. Er selbst zerstückelte die Leiche und machte aus den Teilen zehn Pakete. Nach diesem Geständnis Oberndorfs liegt also Tatbestand vor. Der Schlägter Zintler wurde, nachdem Oberndorf die völlig haltlose schwere Beschuldigung gegen ihn zurückgenommen hatte, heute morgen sofort wieder aus freien Fuß gesetzt.

SPD. und Gewerkschaften

Görlitz wirft auch seine Schatten auf das Verhältnis zwischen der rechtssozialistischen Partei und den freien Gewerkschaften. Auf dem Görlitzer Parteitag war ein Antrag gestellt worden, der die Mitglieder der S. P. D. verpflichten wollte, nur solchen Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören, die sich dem A. D. G. B., dem IFA oder dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen haben. Dieser Antrag ist in Görlitz abgelehnt worden, und diese Ablehnung erregt einiges Aufsehen. Der „Vorwärts“ brachte in seiner Morgenausgabe vom Mittwoch einen Artikel über das Thema Partei und Gewerkschaften, der eine Auslegung des Görlitzer Beschlusses in dieser Frage darstellt. Er schreibt, daß der Parteitag den Antrag abgelehnt habe, weil sich die Grenze zwischen den einzelnen Beamtenorganisationen noch nicht so scharf ziehen lasse, wie es wünschenswert wäre. Für alle Parteigenossen bestehe auf Grund des Mannheimer Beschlusses von 1906 nach wie vor die Verpflichtung, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die dem A. D. G. B. oder dem IFA angehören. Die Partei sehe nach wie vor fest zu den freien Gewerkschaften.

Der Bundesvorstand des A. D. G. B. geht in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ auf diesen Artikel ein. A. D. G. B. und IFA stünden, schreibt der Bundesvorstand, auf dem Standpunkt der Dreisäulentheorie. Darum könne die Verpflichtung, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die dem A. D. G. B. oder dem IFA-Bund angehören, nur den Arbeitern und Angestellten, nicht aber den Beamten auferlegt werden. Es sei dringend erwünscht, daß gerade die Parteigenossen unter den Beamten sich den im Deutschen Beamtenbund vereinigten Organisationen anschließen.

Soweit ist alles gut. Es war von vornherein zu erkennen, daß die Ablehnung des erwähnten Antrages in Görlitz mit Rücksicht auf die Beamten erfolgt ist, die der S. P. D. angehören. Und diese Rücksicht war im Hinblick auf die zwischen den drei Spitzenorganisationen schwebenden Kartellverhandlungen, die zur Verwirklichung jener Dreisäulentheorie führen sollen, immerhin erklärlich. Das ist auch der Grund, weshalb der Bundesvorstand des A. D. G. B. sich veranlaßt fühlt, den Görlitzer Beschluß ausdrücklich zu unterstreichen.

Aber trotzdem kommt die S. P. D. durch diesen Beschluß und durch den Geist von Görlitz in eine etwas schiefen Lage auch in der Gewerkschaftsfrage. Gleichzeitig berichtet nämlich das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes über einen seltsamen Vorgang. Der in Görlitz abgelehnte Antrag ist von Halle gestellt worden. Nun gibt es rechtssozialistisch organisierte Eisenbahner — und zwar Arbeiter — die als Gewerkschaftsmitglieder dem im demokratischen Fahrwasser schwimmenden Allgemeinen Eisenbahnerverband angehören. Ihnen paßte der Antrag von Halle nicht, und sie haben sich, wie jetzt die „Eisenbahnstimme“ das Organ des A. E. B., ausplaudert, bald nach dem Bekanntwerden des Antrages an den Hauptvorstand der S. P. D. gewandt, um von ihm eine Meinungsänderung zu hören. Am 19. September 1921 hat der Hauptvorstand darauf folgendes geantwortet:

„Auf Ihre Zuschrift vom 6. September teilen wir Ihnen mit, daß unseres Erachtens der von Halle gestellte Antrag seinerlei Aussicht auf Annahme hat. Der Parteivorstand ist jedenfalls gegen die Annahme des Antrages. Wir sind auch durchaus Ihrer Auffassung, daß ebenso, wie die Gewerkschaften nicht nach der politischen Zugehörigkeit ihrer Mitglieder fragen können, auch wir diesen den Eintritt bzw. die Zugehörigkeit zur Partei nicht davon abhängig machen können, daß das Mitglied einer bestimmten wirtschaftlichen Organisation angehört. Wir glauben, daß auch der Parteitag in seiner Mehrheit sich auf diesen Standpunkt stellen wird.“

Wir sind glücklich, daß wir nicht darüber zu entscheiden brauchen, ob dieser Brief noch mit der Mannheimer Gewerkschaftsresolution von 1906 in Einklang zu bringen ist. Die „Eisenbahnstimme“, die unter dem Einfluß des demokratischen Abgeordneten Riedel steht, erklärt, sie sei in der erfreulichen Lage, mit diesem Schreiben einverstanden zu sein. Der in seiner Mehrheit aus Rechtssozialisten bestehende Vorstand des D. E. B. ist aber anscheinend anderer Auffassung. Der „Deutsche Eisenbahner“, das Organ des D. E. B., druckt den Brief ab, nimmt von der Genehmigung des Herrn Riedel Kenntnis, erinnert sich sehnsüchtig früherer Zeiten und ihres Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften und seufzt: Es war einmal.

Als etwas heikel ist die Situation doch. Sie zeigt außerdem, daß auch innerhalb des A. D. G. B. noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, bevor es zur Verwirklichung der Dreisäulentheorie kommen kann. Obwohl auch wir das Zustandekommen des Dreibundes zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten für wünschenswert halten, möchten wir doch auf diese Schwierigkeiten von neuem aufmerksam machen. Wir haben den Eindruck, als ob der Bundesvorstand des A. D. G. B. bei seinem Versuch, den Dreibund herbeizuführen, doch Rücksicht nehmen müßte auf die Eisenbahner und auf einige andere Gewerkschaften, die sich zu den Organisationen des Beamtenbundes in einem ähnlichen Verhältnis befinden, wie der D. E. B. Es ist sehr taktvoll, wenn der A. D. G. B. den Beamten jetzt entgegenkommt, aber er muß seine Taktik auch so einrichten, daß ihm nicht nachgesagt werden kann, er brüde alle Kampfgenossen dabei unsanft an die Wand.

Billige ANGEBOTE

- Stoffhandschuhe**
Damen-Trikot 2 Druckknöpfe... 9⁷⁵
Damen-Trikot 1e Qualität..... 12⁷⁵
Damen-Schweden Nachahmung... 14⁷⁵
Damen-Schweden Nachahmung, mit farbigen Haubtülern..... 19⁷⁵
- Lederhandschuhe**
Damen-Glacé 2 Druckknöpfe... 39⁷⁵
Damen-Glacé ganz gesteppt... 49⁷⁵
Damen-Glacé elegante Auinala... 59⁷⁵
Damen-Schweden ganz gesteppt... 69⁷⁵
- Herren-Nappa** 69⁷⁵
ganz gesteppt, durchgehbar.....
Herren-Swed. 69⁷⁵
Leichter, besonders haltbar.....

- Herrenartikel**
- Oberhemden farb. durchgeh. Perkal, mod. Streif., mit Klappmanschetten u. pass. Kragen 92⁵⁰
Oberhemden aparte Streifn. mit Klappmanschetten u. passendem steifen Kragen 98⁵⁰
Oberhemden prima Perkal, mit Klappmanschetten u. 2 passend. weichen Kragen 125⁰⁰
Oberhemden weis, prima Rumpfdol., Pique-Falleneinsatz, mit festen Manschetten 150⁰⁰
Nachthemden gutes Hemdenlud., mit weichen Besätzen und Taschen 88⁵⁰
Schlafanzüge verschiedene Stoffarten, elegante Ausführung 290⁰⁰
Strickbinder bestes Gewebe, schöne Muster..... 8⁵⁰ 14⁵⁰
Krawatten offene Form, moderne Streifen und Muster. 18⁵⁰

- Schuhwaren**
- Hochschaffstiefel 168⁰⁰ 175⁰⁰
f. Damen, mit u. ohne Lackappe
Lack-Schnürschuhe für Damen, moderne Form, kurzes Ball. 198⁰⁰
Lack-Spangenschuhe für Damen 178⁰⁰
Bockfischstiefel Größe 36-39, bequeme Form..... 175⁰⁰
Herrenstiefel mit Lackkappe, gute Verarbeitung..... 168⁰⁰
Herrenstiefel la Rindbox..... 188⁰⁰
Umschlagschuhe aus Kamelhaarstoff, für Damen..... 19⁵⁰
Lassenschuhe aus Kamelhaarstoff, mit Ledersohle für Damen.... 24²⁵

- Herren-Bekleidung**
- Herren-Anzüge Sakkoform, in verschiedenen Stoffen... 490⁰⁰ 690⁰⁰ 975⁰⁰
Winter-Raglans und Ulster, moderne Fassons..... 590⁰⁰ 685⁰⁰ 975⁰⁰
Gummimäntel weite Schloßjerform..... 340⁰⁰ 650⁰⁰ 850⁰⁰
Hausjackett mit Schuureifassung und Posamenten..... 140⁰⁰
Beinkleider gestreift..... 75⁰⁰ 165⁰⁰ 198⁰⁰
Jünglings-Anzüge gute Qualitäten..... 450⁰⁰ 525⁰⁰ 690⁰⁰

HERMANN TIETZ

Am Montag, den 3., und Dienstag, den 4. Oktober, bleiben unsere Geschäfte geschlossen

Gewerkchaftliches

Ein Grenzstreit

Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands teilt uns mit, daß der AFA-Bund die Aufnahme dieser Gewerkschaft abgelehnt hat. Ueber die Aufnahme der Lehrgewerkschaft in die AFA ist lange verhandelt worden. Diesen Verhandlungen lag eine Erklärung zugrunde, die der Vorstand des AFA-Bundes in einem Briefe gab, den er am 25. Januar an die Lehrgewerkschaft sandte. Der Brief lautet:

Die Vertreterziehung vom 22. d. Mts. hat sich mit Ihrem Aufnahmegeheuch eingehend befaßt und einer Aufnahme in den AFA-Bund unter den folgenden Vorbehalten zugestimmt:

1. Voraussetzung für die Aufnahme der Lehrgewerkschaft in den AFA-Bund ist, daß dieselbe sich mit dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, sowie mit dem Zentralverband der Angestellten über eine Abgrenzung der Organisations- und Werbegebiete verständigt.

2. Wenn der Plan für die Bildung einer freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung verwirklicht wird, so wäre die Freie Lehrgewerkschaft — soweit es sich um die Vertretung der beamteten Lehrer handelt — dieser neuen Zentrale anzugliedern.

Wir bitten Sie, wegen des Punktes 1 sofort mit den Vorständen der beiden genannten Verbände in Verhandlungen einzutreten und uns möglichst umgehend das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen.

Inzwischen ist viel Zeit verfloßen. Die Lehrgewerkschaft gibt an, daß die im obigen Schreiben gestellten Bedingungen des AFA-Vorstandes von ihr erfüllt worden sind. Am 27. September bekam nun die Lehrgewerkschaft vom AFA-Vorstand folgenden Brief:

„Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß es leider unmöglich ist, Ihren Anträge zu entsprechen. Der mit dem A. D. G. B. und uns getätigte Organisationsvertrag läßt die Möglichkeit nicht zu, Verbände aufzunehmen, die Beamte organisieren ufl.“

Wir können es verstehen, wenn die Lehrgewerkschaft über diese Verzögerung, bei der schließlich nur eine Ablehnung herauskam, unwillig ist. Aber auch der AFA-Bund ist in einer schwierigen Lage. Er ist an den Verhandlungen beteiligt, welche die drei Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände zu einem Kartellverhältnis zusammenführen sollen. Darum kann er nicht in demselben Augenblick eine Gewerkschaft in den Kreis seiner Verbände aufnehmen, die vorwiegend Beamte organisiert. Der Beamtenbund würde ein solches Vorgehen als illoyales Verhalten auffassen. Die Freie Lehrgewerkschaft wird ihren Ansuchen darum wohl etwas zurückstellen müssen, bis deutlicher zu erkennen ist, wogin die Verhandlungen mit dem Beamtenbund schließlich führen. Sie sollte den Versuch machen, die Verbindung mit dem AFA-Bund aufrecht zu erhalten, und vom AFA-Bund erwarten wir ebenfalls, daß er Verständnis für die Situation der Freien Lehrgewerkschaft zeigt, die sich aus vielerlei Gründen dem Deutschen Beamtenbund kaum wird anschließen wollen.

Jedenfalls sind wir der Meinung, daß angeregte Artikel, wie die „Rote Fahne“ sie über diesen Vorfall bringt, der Angelegenheit nicht förderlich sind. Vielleicht kann aber der Vertretertag des AFA-Bundes, der in diesen Tagen in Düsseldorf stattfindet, die Angelegenheit ein Stück vorwärts bringen.

Bauarbeiter

Am Sonntag, den 25. d. M., fand die Delegierten-Generalsammlung des Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, statt, in welcher Kollege Thöns Bericht erstattete. Die Teilnehmer verlangten die Zulassung von Affordarbeit und eine Erweiterung der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, ein Begehren, das auf Grund der für die Vertragsperiode geltenden Tarife abgelehnt werden mußte. Nach langen Unterhandlungen gelang es, eine Lohnerhöhung von 1,50 M. pro Stunde für alle im Hoch- und Betonbau beschäftigten Arbeitergruppen zu erzielen.

Durch vorstehende Lohnerhöhung kommen alle Zulagen in Fortfall, die außerhalb des Tarifvertrages und ohne Genehmigung der Schlichtungskommission bisher gewährt worden sind, soweit der Wochenbeitrag dieser Zulagen den Betrag von 70,50 M. nicht übersteigt. In den Fällen, in denen der Wochenbeitrag der Zulagen größer ist als der Wochenbeitrag der Lohnerhöhung, soll in Zukunft nur der 70,50 M. übersteigende Betrag fortgezahlt werden.

Namens des Vereinsvorstandes empfahl Kollege Thöns die Annahme des Resultats. Nach einer lebhaften Diskussion stimmte die Versammlung dem Lohnabkommen zu. Da

auch der Verband der Baugeschäfte dem Lohnabkommen zustimmte, gilt diese Vereinbarung ab 23. September 1921.

Für die Opfer der Explosionskatastrophe in Oppau bewilligte die Versammlung auf Vorschlag des Vereinsvorstandes aus Lokalmitteln 10 000 M. Zu ähnlichen Auseinandersetzungen kam es, als der Verammlungsleiter über einen von kommunistischer Seite wiederholt eingebrachten Antrag, für die „Rote Hilfe“ aus Lokalmitteln ebenfalls 10 000 M. zu bewilligen, eine Abstimmung nicht zuließ. (Der Karlsruher Verbandstag hat ja bekanntlich beschlossen, daß politischen Parteien keine Verbandsgelder zugeführt werden dürfen. Dieser Beschluß hat seine Ursachen in der politischen Zersplitterung der Arbeiterklasse.) Diese Gelegenheit benützte Kollege W. Hoppe, die Geschäftsführung des Vereinsvorstandes zu tadeln, indem er auf eine am 13. September stattgefundene Sitzung hinwies, über die die „Rote Fahne“ vom 28. 9. unter dem Titel: „Sonderkonferenz im Bauarbeiterverband“ in entstellter Form berichtet. Hoppe machte seinem Herzen weiter Luft, indem er öffentlich erklärte, daß der Vereinsvorstand mit den Unternehmern Hand in Hand über alle Maßnahmen, die gegen die Kommunisten unternommen werden, gemeinsam berate. Als der Vereinsvorsitzende diese lägenhaften Apöbelungen zurückweisen wollte, wurde er von den Rabauhelden wiederholt unterbrochen und schließlich am Weiterreden verhindert, so daß sich der Verammlungsleiter veranlaßt sah, die Versammlung zu schließen. Hoppe, als Anberufener, ließ dann über die in der „Roten Fahne“ abgedruckte Entschließung von seinen Parteianhängern abstimmen. Dasselbe Schauspiel wurde dann am Montag, den 26. 9., in der Baudelegierten-Versammlung wiederholt. Ueber die Ursachen der am 13. d. M. stattgefundenen Sitzung wird den Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes an anderer Stelle berichtet werden.

Auf die anderen Behauptungen von Kaiser einzugehen, erübrigt sich in Anbetracht der Qualität dieses Mannes. So erklärt er, man verhindere seine Beschäftigung bei den Berliner Unternehmern. Da ein großer Mangel an Bauarbeitern herrscht, hätte Kaiser längst Arbeit gefunden, die er aber anscheinend gar nicht sucht, und es wäre nur noch wissenswert, zu erfahren, woher Kaiser das Geld für seine „qualifizierte Arbeit“ empfängt?

Schuhmachereifrei in Berlin?

Mittwoch fand im englischen Hof eine Branchensammlung der Berliner Schuhmacher statt, in der Kollege Schüler namens der Verhandlungskommission Bericht erstattete über die gestellten Forderungen an die Innungen. Die zugestandenen Löhne bleiben weit hinter dem Verlangten zurück, deshalb wurden diese Angebote abgelehnt und der Kampf zur Erreichung anständiger Löhne in Erwägung gezogen. Borerst soll noch der Schlichtungsausschuß angerufen und in neue Verhandlungen mit den Unternehmern eingetreten werden. Es liegt nun an den beiden Faktoren, daß ein Kampf vermieden wird.

Angestellte im Gastwirtsgerwe

Freitag, den 30. September, nachts 1 Uhr, sechs große Versammlungen in folgenden Lokalen: Karl Haberlands Festhalle, Neue Friedrichstr. 35; Arminhallen, Kommandantenstraße 38; Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97; Residenz-Festhalle, Landsberger Str. 31; Auguste-Viktoria-Säle, Lutherstraße 31/32; Blüthner-Saal, Ruhowstr. 76. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Schiedspruch über das Entlohnungssystem. 2. Bericht über den Stand der neuen Tarifverhandlungen. 3. Unsere Maßnahmen zu den angedrohten Aussperrungen. Kartell der im Gastwirtsgerwe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen.

Angestellte in der Gesundheitsindustrie. Öffentliche Versammlung aller in der Gesundheitsindustrie beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten heute abend 7 Uhr im „Alexandrin“, Berlin, Alexandrinenstr. 3a. Tagesordnung: Die Arbeitgeber lehnen lachliche Verhandlungen über die geforderten Gehaltserhöhungen ab. Was nun? Wichtige Beschlüsse sind zu fassen. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Der Manteltarif durch den Magistrat gekündigt. Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Nach Bildung der Einheitsgemeinde Berlin ist die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes und einheitlicher Tarifverträge eine zwingende Notwendigkeit geworden. Unstreitig bedürfen auch manche Bestimmungen des Arbeiter-Mantel-Tarifvertrages der Klärung und genaueren Fassung. Der Magistrat hat sich deshalb genötigt gesehen, diesen Mantel-Tarifvertrag vom 15. 6. 1920 zum 31. Dezember d. J. zu kündigen.

Wächter. Die Angestellten der Wach- und Schließ-Gesellschaften befinden sich in einer Lohnbewegung. Am 27. d. M. hat der Schlichtungsausschuß zu der Frage Stellung genommen und ein Urteil gefällt, das den Wünschen der Wächter nicht entspricht. Um den Unternehmern zu zeigen, daß die Funktionäre und Belegschaften nicht um jeden Preis den Streik wollen, gingen sie an Verhandlungen heran. Die Funktionäre haben nun beschlossen, dem Schiedspruch zuzustimmen, der Lohnhöhe von 1040 M. für Separatwächter, 1100 M. für Revierwächter vorsteht. Die Entscheidung liegt nun bei der am 1. Oktober stattfindenden Vollversammlung der Branche. Bemerkten wollen wir noch, daß bereits drei Firmen, und zwar die Berliner Wachgesellschaft, Friedrichstraße 61, die Nachtwachgesellschaft Charlottenburg und die Wachgesellschaft Insp. Oberprece dem Schiedspruch zugestimmt haben.

Zentralverband der Glaser, Zahlstelle Berlin. Ab 26. 9. wird auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 1,30 M. pro Stunde gezahlt. Der Mindeststundenlohn beträgt demnach 9,30 M. Wo dieser Lohn am Sonnabend nicht gezahlt wird, ist dies sofort auf dem Bureau zu melden. Montag, abends 7 Uhr, Vertrauensmännerziehung bei Lehmann, Engelauer. Von der 40. Woche ab ist der Beitrag laut Verammlungsbeschluß auf 7 M. pro Woche festgesetzt. Die Vertrauensmänner werden ersucht, die alten Marken nur bis zur 39. Woche zu verwenden.

AFA-Bund. Soeben ist im AFA-Bund der Nachtrag zu dem zwischen dem Arbeitgeberverband Groß-Berliner Wagen- und Karosseriefabriken e. V. einerseits und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin andererseits abgeschlossenen Tarifvertrag vom 1. August 1920 fertiggestellt worden. Es ist nunmehr der Tarifvertrag in dieser Industrie, einschließlich Nachtrag, zum Preise von 1,20 M. im AFA-Bureau, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7-10 III, erhältlich.

Internationale der Polizeibeamten. Nach Vorbereitungen der Vorstände verschiedener Polizeioorganisationen kam man überein, am 4. Oktober in Brüssel eine Zusammenkunft zu veranstalten, die den Zweck hat, eine Internationale der Polizeibeamten zu gründen. Zunächst sind drei Entente-Länder und Holland beteiligt. Die Teilnahme der Deutschen konnte indes nicht erwirkt werden.

Rußland-Instrumentenarbeiter. Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute aller Betriebe am Sonnabend, den 1. 10. 1921, nachmittags 2½ Uhr, im „Reichender Hof“, Reichenderberger Straße 147. Mitgliedsbuch, Vertrauensmännerkarte legitimieren. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Die Branchenleitung.

U. S. P. D.-Buchdrucker, Bezirk 4 (Osten). Sonnabend abend 7 Uhr bei Kirsh, Petersburger Straße (Saltenpfah), wichtige Besprechung.

8. Internationaler Buchdruckerkongreß

Schäfer (Bern) referierte über die Frage der Pressefreiheit.

und führte aus, daß die Buchdrucker für volle Pressefreiheit seien. Die herrschenden Klassen hätten immer verstanden, die Pressefreiheit zu ihren Zwecken zu handhaben.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde eine Resolution gegen 4 Stimmen angenommen, die sich auf den Boden der unbedingten Pressefreiheit stellt und sich entschieden gegen Zensurverbote wendet, aber zugleich erklärt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen einzuschreiten, wenn die Pressefreiheit als Mittel zur Unterdrückung mißbraucht würde.

Am 4. Verhandlungstage standen die Gegenseitigkeitsverträge zur Tagesordnung. Es wurde eine einheitliche Reise-, Umzugs-, Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung gewünscht, jedoch konnte sich der Kongreß für eine einheitliche Regelung, wie sie besonders von Frankreich verlangt wurde, nicht entschließen.

Der 5. Verhandlungstag brachte eine Aussprache über Industrieverbände.

Referent war von der Wall (Holland). Er war der Auffassung, daß in dieser Frage kein rechter Grundlag aufzustellen sei, denn es handele sich hierbei mehr um Taktik und Klugheit. Es wurden fünf Grundsätze aufgestellt, nach welchen die Industrieverbände nur von taktischer Bedeutung sind und es nicht empfehlenswert sei, die Gründung von Industrieverbänden künstlich zu fördern. Enge föderative Verbindungen sind anzustreben.

Ueber die

technische Entwicklung im graphischen Gewerbe

referierte Klein-Deutschland, der darauf hinwies, daß im Schoße der Zukunft zweifellos noch manche technische Uebererfindung für das graphische Gewerbe liege. Bei neuen Erfindungen müssen die arbeitslos gewordenen Arbeitsgenossen untergebracht werden.

Hierauf wurde einstimmig Verdan zum Internationalen Sekretär gewählt. Der Sitz des Internationalen Bureaus bleibt Bern.

Der Sekretariatskommission überwiesen wurde ein Antrag auf Schaffung eines internationalen Invaliden- oder Erholungsheimes.

Nach einer Würdigung der geleisteten Arbeit und einem Ausblick in die Zukunft, sowie nach Worten des Dankes an die Wiener Kollegenschaft, durch den Präsidenten Schlumpf (Schweiz), fanden die vom besten Geist internationaler Solidarität geführten Verhandlungen ihren Abschluß.

Erwähnt zu werden verdient noch, in welsch herzlicher Weise Genossin Anna Grünwald als Leiterin der Kinderfürsorge den Vertretern der verschiedenen Länder dankte für die Aufnahme von Wiener Kindern. Die Wiener Kinder und Mütter würden diese internationale Solidarität niemals vergessen.

Von besonderer Bedeutung ist auch noch das Faktum der erstmaligen offiziellen Einladung eines Arbeiterkongresses in das Wiener Rathaus durch den Genossen Bürgermeister Reumann. Die Reden auf dieser Empfangsfeier der Stadt Wien waren eindringliche Manifestationen für den Sozialismus. Der deutschen Arbeiterschaft wurde besondere Anerkennung für ihre letzten machtvollen Demonstrationen zuteil.

Nur Goldacker

CENTRALE: BRUNNEN/TR. 129/30.
25 FILIALEN.

Billige Preise

und die beste Empfehlung für jede Kaufrau!

Roggenmehl	Pfund	2 ⁸⁵
Prima Weizenmehl	Pfund	3 ⁴⁵
Extra Weizenmehl	Pfund	3 ⁷⁵
Auszugmehl	Pfund	4 ⁵⁰

Kaffee frisch geröstet, Pfund	22 ⁰⁰ 24 ⁰⁰ 26 ⁰⁰ 28 ⁰⁰
Gerste gobraunt	Pfund 3 ⁷⁰
Marmelade reine Frucht	Pfund 6 ⁰⁰

Margarine wie Butter	11 ⁰⁰ 13 ⁰⁰ 16 ⁰⁰
Bratfett	Pfund 14 ⁰⁰
Schmalz reines Schweineschmalz	Pfund 17 ⁰⁰

Weisse Bohnen	Pfund	2 ⁰⁰
Viktoria-Erbsen	Pfund	3 ⁵⁰
Grüne Erbsen	Pfund	3 ⁵⁰
Tafelreis (feinster)	Pfund	4 ²⁵
Linsen	Pfund	6 ⁰⁰
Haferflocken	Pfund	3 ⁷⁵

Heute kaufen Sie noch zu günstigen Preisen - Darum - räumen Sie nicht!

Arbeiterport

Freie Turnerschaft Schöneberg Berlin. Sonnabend Jubiläumsturnen der Altersklassen Turnhalle Bodestr. 17 (Katholischer Dom), 7 1/2 Uhr. — Sonntag Sitzung der Männer, Frauen- und Jugendturnvereine, Schule Niederwallstr. 12, 7 1/2 Uhr. — Mittwochs Turnabteilung Niederwallstr. 12, 7 Uhr. — Fußball-Abteilung. Sonntag Wettkampf gegen Weiskirchen in Weiskirchen, Rennbahngegend. — Besitzt Club. Sonntag, Schachturnen der Frauen, Petersburger Str. 4, desgleichen der Mädchen, nachm. 3-5 Uhr. — Besitzt Norden. Wanderung heider Knaben-Abteilungen vom Freitag bis Montag nach dem Oberbruch. Abfahrt Donnerstag nachm. 6 1/2 Uhr vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Arbeiter-Wanderband „Naturfreunde“

Wanderungen am 2. Oktober. Krummen, Beecher See, Oranienburg. Abf. Sonntag vorm. 6 Uhr vom Stett. Vorortbahnhof (Witten umfassen). — Strausberg, Kallberge, Gf. See. Abf. Sonntag vorm. 6 1/2 Uhr vom Göttinger Bahnhof. — Stolpe, Talsperre. Abf. Sonntag vorm. 6 30 Uhr vom Göttinger Bahnhof (Königsruhrbrücken umfassen). — Belgig, Springrunnen, Wiesenburg. Abf. Sonntag vorm. 11 00 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße. — Bellen, Krümmen, Finkenfurt. Abf. Sonntag vorm. 6 Uhr vom Stettiner Vorortbahnhof. — Durch den Krümmen Forst. Abf. Sonntag vorm. 6 30 Uhr vom Bahnhof Weißestr. (Gesundbrunnen umfassen) nach Bellen. — Wittenwerber, Oranienburg. Abf. Sonntag vorm. 6 15 Uhr vom Bahnhof Neuhäus. — Wittenwerber, Kallberge, Gf. See. Abf. Sonntag vorm. 6 22 Uhr vom Bahnhof Springrunnen. — Bellen, Krummen, Beecher See. Abf. Sonntag vorm. 6 30 Uhr vom Bahnhof Göttinger Bahnhof. — Bellen, Krummen, Beecher See. Abf. Sonntag vorm. 6 30 Uhr vom Bahnhof Göttinger Bahnhof. — Bellen, Krummen, Beecher See. Abf. Sonntag vorm. 6 30 Uhr vom Bahnhof Göttinger Bahnhof.

Arbeiter-Klub „Solidarität“

Touren zum Sonntag, den 2. Oktober. 1. Abt.: Summt. Start 1 Uhr, Kallenberg. 2. Abt.: Beecher See. Start 7 Uhr, Krummen, Strahlberg durch den Forst. 3. Abt.: Kallenberg, Kallbergstr. 41. Start 1 Uhr, Kallenberg. 4. Abt.: Wittenwerber (Japan). Start 8 und 1 Uhr, Kallenberg, Kallbergstr. 41. 5. Abt.: Kallenberg. Start 8 Uhr, Krummen, Beecher See. Start 1 Uhr, Kallenberg. 6. Abt.: Kallenberg durch den Forst. 7. Abt.: Wittenwerber (Japan). Start 7 und 12 Uhr, 7. Abt.: Krummen, Beecher See. Start 12 Uhr, Kallenbergstr. 147. 8. Abt.: Kallenberg. Start 6 Uhr, Krummen, Beecher See. Start 1 Uhr, Kallenberg. 9. Abt.: Kallenberg durch den Forst. 10. Abt.: Kallenberg. Start 7 Uhr, Krummen, Beecher See. Start 1 Uhr, Kallenberg. 11. Abt.: Kallenberg. Start 7 Uhr, Krummen, Beecher See.

1 Uhr, Beecher See. Ortsgruppe Neuhäus. Schöneberg, Kallbergstr. 41. Start 1 Uhr, Kallenberg. Ortsgruppe Wittenwerber: Krummen, Beecher See. Start 1 Uhr, Kallenberg. Ortsgruppe Kallenberg: Kallenberg, Kallbergstr. 41. Start 1 Uhr, Kallenberg. Ortsgruppe Kallenberg: Kallenberg, Kallbergstr. 41. Start 1 Uhr, Kallenberg. Ortsgruppe Kallenberg: Kallenberg, Kallbergstr. 41. Start 1 Uhr, Kallenberg.

Arbeiter-Klub „Solidarität“. 2. Oktober, früh 8 Uhr, Hohenzollern bei Borsich. Nachm. 1 1/2 Uhr, Kallenberg bei Stettin, Dorfstr. 10. Am nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet die Berliner Schwimmunion in dem Städt. Hallenbad, Am d. Schillingbrücke, ihr diesjähriges Schwimmfest. Da u. a. 31 der größten Arbeiter-Schwimmvereine ihre besten Kräfte zu entsenden beabsichtigen, ist dies einmal ganz besonders interessante sportliche Kämpfe zu erwarten.

Turnverein „Ahlte“, 6. Männerabteilung. Sonnabend, den 1. Oktober 26. Sitzungsaal im Deutschen Hof, Luisenpark Straße. Schachspieler. Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, Neuhäus, Donaustr. 106, bei Güntig, Vortrag: Einführung in den Geist der professionellen Partie unter besonderer Berücksichtigung von Kombinationen- und Positionsspiel. Eintritt frei.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 30. September

Tempelhof. 7 Uhr Flugblattverteilung bei Schlemmer, Berliner. Ede Odenwälderstraße. Militärspandau. Die Gruppenleiter und die Vertretungsleute der Betriebe sollen die Flugblätter verteilt und Sonnabend abend um 8 Uhr im Reichshaus, Reichshaus, abends 8 Uhr öffentliche Wählerversammlung der Gewerbetreibenden in der Aula der Gemeindefabrik Krummenbrücke.

Sonnabend, 1. Oktober

12. Militär. Alle Genossen treffen sich 7 1/2 Uhr zur Geländegymnastik bei Kallenberg, Dandorfstr. 83. Charlottenburg. Die Abteilungsleiter werden ersucht, bis 6 Uhr die Flugblätter von der Spektakelstraße abzugeben.

Sonntag, 2. Oktober

15. Verwaltungsbereich. Abf. Krummen, Beecher See, Kallenberg und Beecher See zum Besuchen der Wälderstr. 147 um 6 Uhr vorm. im Rathaus (Wälderstr.). 2. Militär (Berlin-Mitte). Flugblattverteilung. Alle Genossen haben sich zu beteiligen. Abgeholen von Dams, Schlegelstr. 19.

Wälderstr.-Kallenberg. In der Vorbereitung der Expedition findet in Kallenberg, Kallbergstr. 41, am nächsten Sonntag, den 2. Oktober, eine öffentliche Part. Eintritt 1 M. Eintritt, Vortrag, Feiern und Theater mit anschließendem Tanz sind vorgesehen. Genossen und Genossinnen, unterstützen diese Expeditionsvorbereitung durch zahlreiches Kommen.

Niederbrunn-Forst. Die Militärabteilung trifft am 2. Oktober. Die nächste Konferenz findet am 9. Oktober, vorm. 9 Uhr, bei Dölling, Brunnenstr. 78, statt.

Bereinskalender

Freitag, 30. September

Internationaler Bund aller Kriegsgesellen. Abf. 11 E. F. D. Genossen des S. M. Neuhäus treffen sich abends 7 Uhr im Hotel Kallberg, Kallbergstr. 41. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonnabend, 1. Oktober

Deutscher Transportarbeiter-Bund. Abends 6 Uhr allgemeine Versammlung der Gruppe Tempelhof bei Neufahr, Kallbergstr. 15. Bericht von der letzten gehaltenen Versammlung über die neue Lohnforderung.

Sonntag, 2. Oktober

Reichs-Bund der Kriegsgesellen. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Krummen, Beecher See. Start 1 (Süd-Str.). Vorm. 9 Uhr Protestversammlung in der Unionbrauerei. Treffpunkt 6 Uhr Kallbergstr. 10. Abends 7 1/2 Uhr „Kallbergabend“ in der Aula des Reichshaus-Gymnasiums, Mariannenplatz. Eintritt 2 M.

Internationaler Bund. Gruppe „Kallberg“. Treffpunkt zur Demonstration-Versammlung am Kallbergstr. 10, 8 1/2 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr. Kriegsgesellen. Vorm. 9 Uhr große Demonstrationssammlung in der Unionbrauerei, Kallbergstr.

Geschäftliches

Die Kallbergwerke Kallberg, alleinige Verkaufsstelle in Berlin, Chaussee Straße 29-30, werden daher, Kallberg einzukaufen, die nicht unbedingt notwendig sind. Durch den Einkauf überflüssiger Gegenstände tritt Warenmangel und Preissteigerung ein. In dieser Beziehung sind die wichtigsten Preissteigerungen unterliegenden Zeit in dem Kallberg der Firma Kallberg darauf gerichtet, jedwede Preissteigerung möglichst zu verhindern.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Neuhäus; für Kommunalpolitik, Lokales und Geschäftliches: G. Kubner, Berlin; für den Internatenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kallberg, Charlottenburg. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 6-8.

Roten Schuhkeller

Wenn Sie im **Roten Schuhkeller** kaufen!

gehen Sie der allenthalben eingesetzten Preissteigerung aus dem Wege. Mein enormes Lager und große Auswahl, speziell in kräftiger Ware, kommt Ihnen jetzt zu gut. Nachstehende Artikel sind sämtlich erprobte Sachen, welche weiter mit geringem Nutzen, solange Vorrat, abgegeben werden.

Post.kräft.Kinderstiefel 22.26 Mk.	33	Pa. Schnürschuhe u. Stiefel für ält. Frauen, m. fl. Abs., in versch. Form. u. Lederarten, 37/43, Mk.	125 u. 110
Post.kräft.Kinderstiefel 27.30 Mk.	38	Damen - Hofschaftstiefel Rindbox, Strapazierstiefel, 36/42 Mk.	125
Als Spezialität: dr. u. schw. Kinderstiefel (für Reißstiefel), 31/35 Mk.	75	Herren - Rindbox - Stiefel sehr kräftig, besond. billig, 41/45 Mk.	135
Schw. Lein.-Spangenschuhe 36-39, schöne Form, hob. Abs., g. Lederbod., f. Straße, Haus u. Tanzstunde Mk.	29	Militärtuch-Hauschuhe mit Ledersohlen, für Frauen Mk.	13 ⁵⁰
Echt.Chevr.-Spangenschuhe rein Leder, sehr elegant, 36/41 Mk.	55	Militärtuch-Hauschuhe m. Leders., f. Herr., prakt. Werkstattsch.	21
Echte Boxkalf-Damen-Schnürschuhe selt. Gelegenheit 36/40 Mk.	110	Gr. Posten Hauspantoffel m. 12 u. 10	

Vormittags-Besuch garantiert sorgfältige Bedienung

Straßenbahn: 2, 3, 5, 10, 11, 12, 15, 45, 47, 82, 90, 91, 98, R, P. Nähe Görlitzer u. Schlesischer Bahnhof

Roter Schuhkeller so 26, nur **Naunynstraße 62**, nahe **Kottbuser Tor**

Meine Flechte

für deren Befreiung mir von Natur alle möglichen Mittel verschrieben wurden, die aber nicht halfen, ist jetzt durch Ihr Spezialmittel fast **verschwinden**.

So schreiben viele über den seit 30 Jahren früher bemähr. Flechtenbalsam. Nr. 12.50. Otto Heichel, Berlin 48, Stienbahnstraße 4.

Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rottfische kommen billig u. 300 M. an

Skunks-Garn. sehr billig

Pelzfutter f. Dam. u. Herrn u. 250 M. an

Felle f. Besatz amr. Op. 55, austr. Op. 110, Seal El. 25, bisorett. 45 M. a.

Hamsterfelle f. Spornpelz, sehr preiswert

Pelzwarenhaus A. Klab & Co. Hofenstraße Str. 40/41 am Hohenstr. Markt

Geld

für jede Wertf. höchste Kauferlöse für Pfandbriefe, Wertpapiere, Goldgegenstände, Tapeten, Wäcker, etc. etc. etc. Preisberechtigt, III. Ede. Kallbergstr.

Glühlampen

Halbwattlampen und amf. Elektro-Zusatz-Material kauft Schröder, Bernauer Str. 101 Fabrikgeb. III.

Strombeiräte! Nichtliten für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Hans Reibitz „Wohlfahrt, Der Strombeiräte“ (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 9-8.



Fordern Sie „Cobu“ Colos-Platten-Butter-MARGARINE.

Bergisch-Märkische Margarine-Werke F.A.J. SERSIEDT A.G. Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Generalvertretung: **FRANZ JOS. SCHRÖDER, Berlin W 50 Ansbacher Str. 55 - Fernsprecher: Steinplatz 4843**

Teilhahlungs-

Angebot ermöglicht günstigen Kauf vor der Teuerung

Gardinen	Bettwäsche u. andere Artikel
Künstl. Gardinen 3 teil. br. Anzahlung 18.—, wöchentlich 5.—	Deckbettbezug mit Kissen Anzahlung 55.—, wöchentlich 10.—
Künstl. Gardinen 3 teil. br. Anzahlung 35.—, wöchentlich 10.—	Bettlaken, 1 1/2 Haustuch 98.—
Beste Shawgardine Anzahlung 25.—, wöchentlich 8.—	Tischdecken, Bettdecken, Portieren, Diwandecken, Stoppdecken, Waffeldecken, Handtücher, etc. etc. usw. Anzahlung 25.— an, wöchentlich 5.—10.—
Stores, Leinwand, etc. etc. Anzahlung 15.—, wöchentlich 5.—	

Nur gute Qualitäten!

Barthel, Zorndorferstr. 54 nahe Frankfurter Allee
Sie erhalten bei mir tatsächlich das, was ich Ihnen anbiete

25 Mk.

wöchentliche **Teilhahlungs Herren-Anzüge und Ulster**

in nur gering. Maßänderungen und Stoffen, so lange Vorrat reicht, zu billigen Preisen.

Gebr. Kassner Bülowstraße 6 am Kottbuserplatz.

Werbt Abonnenten für die „Freiheit“!

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen gefertigt.

Ulster aus halbarem Stoffen, in braun, grau oder elf	285⁰⁰	Uebergangs-Ulster, Schläufer u. Raglans aus vorzüglicher Flaumware in verschiedenen Farben, mit H. Abschl., aussergewöhn. Leistung	450⁰⁰	Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, grün gestreiften und andersfarbigen Stoffen hergestellt	450⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünen, stahlgrauen u. braunen Fischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten	575⁰⁰	Schlüpfer, Raglans und Ulster aus Flaum, Homospun u. Diagonalstoff, f. d. wundervollsten neuesten Farbneuerungen, hell u. dunkel gemust. M. 800	700⁰⁰	Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homospun	690⁰⁰
Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erkranklosen Fabrikaten, in den allerneuesten Farne gearbeitet	900⁰⁰	Schlüpfer, Raglans und Ulster aus vorzüglich. Maroquin- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 900, 800, 700,	600⁰⁰	Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig	900⁰⁰
Winter-Paletots	600⁰⁰	Lodenmäntel für Damen und Herren aus guten Strichloden und Kamelhaarloden	225⁰⁰	Sport-Anzüge mit Brochenboosen, aus gutem Leinwandstoff, in allen Farben M. 500	400⁰⁰
		Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. wälderfesten Strichloden	190⁰⁰	Sport-Anzüge aus Homospun, Mencheater und gemustert. Cheviot M. 850, 750,	600⁰⁰
		Kosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit	55⁰⁰		

Gef- und Sportpelze

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikologen und anderen Sachen

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge